

Deutschland Archiv

7

Univ.
Bibliothek
Bochum

**Zeitschrift für
Fragen der DDR
und der
Deutschlandpolitik**

Aus dem Inhalt

**Harald Kleinschmid
Zur kulturpolitischen
Situation in der DDR im
ersten Halbjahr 1979**

**Karl Wilhelm Fricke
FDJ-Festival und
DDR-Jugend**

**Willi Knecht
Moskau signalisiert
olympischen Frieden**

**Die Vertreibung der
Deutschen aus der
Sicht der
tschechoslowakischen
Opposition**

**Gerhard Finn
Kriegsverbrecher-
prozesse
in Deutschland**

**12. Jahrgang
Juli 1979
ISSN 0012-1428**

WR

268

2229

-12,2

25. JULI 1979

4131

Deutschland Archiv

**Zeitschrift für
Fragen der DDR
und der
Deutschlandpolitik**

Aus dem Inhalt

**Ilse Spittmann
Talfahrt
ins vierte Jahrzehnt**

**Karl Wilhelm Fricke
Zur Ausweitung
und Verschärfung des
politischen Strafrechts
in der DDR**

**Siegfried Kupper
Zur 33. Tagung des RGW**

**Herwig E. Haase
Finanzielle Belastungen
der DDR-Wirtschaft**

**Peter Ch. Ludz
Sozialwissenschaftliche
Befragungen
im Dienst der SED**

**Kurt Erdmann
Design in der DDR**

**12. Jahrgang
August 1979
ISSN 0012-1428**

28. AUG. 1979

4131

Inhalt

Kommentare und aktuelle Beiträge

- Harald Kleinschmid · »Die Rache des kleinen Mannes« – Zur kulturpolitischen Situation in der DDR im ersten Halbjahr 1979 673
Karl Wilhelm Fricke · FDJ-Festival und DDR-Jugend 683
Willi Knecht · Moskau signalisiert olympischen Frieden 686

Zeitschriftenschau

- Rudolf Schwarzenbach · Staat und Recht 689
Wilhelm Bruns · Außenpolitik 697
Sigurd Böhm · Französische Stimmen zur Geschichte der SED/DDR und zur DDR-Kulturpolitik 706

Forum

- Die Vertreibung der Deutschen – Ein Diskussions-thema der tschechoslowakischen Opposition . . . 711
Danubius · Thesen zur Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 712
Milan Hübl · Glossen zu den Danubius-Thesen über die Aussiedlung der Deutschen 727

Analysen und Berichte

- Gerhard Finn · Kriegsverbrecherprozesse in Deutschland – Über den unechten Antifaschismus 736

- Klemens Richter · Die vatikanische Ostpolitik und die DDR – Neue Akzente nach dem Papstbesuch in Polen? 742
Hermann Schmidtendorf · Unterhaltungsmusik in der DDR 748

Rezensionen

- Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der DDR. Sammelband, hrsg. vom wissenschaftlichen Beirat »Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft« (Gisela Helwig) 754
Franz Dahlem · Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges (Hermann Weber) 759

Bibliographie

- Neue Bücher DDR 1. Halbjahr 1979 763

Dokumentation

- Die neuen Bestimmungen für ausländische Journalisten in der DDR 773

Redaktionsschluß: 22. Juni 1979

Die Chronik für Juni 1979 erscheint aus Urlaubsgründen zusammen mit der Chronik Juli 1979 im Augustheft.

ZAB 2229 -12,2



Das Deutschland Archiv erscheint monatlich im Verlag Wissenschaft und Politik, Berend von Nottbeck, Köln. Redaktion: Ilse Spittmann-Rühle (verantwortlich) und Dr. Gisela Helwig. Anschrift der Redaktion: Goldsteinstraße 185, 5 Köln 51, Tel. 38 34 40. Anzeigenverwaltung: Verlag Wissenschaft und Politik, Saliering 14–16, 5 Köln 1, Tel. 31 28 78 und 31 57 87. Konto: Dresdner Bank, Köln (BLZ 370 800 40) Kto. 3260 884. Postscheckkonto Köln 205 617-503. Gesamtherstellung Mohndruck Reinhard Mohn GmbH, Gütersloh. Preis des Einzelheftes DM 6,50; Jahresabonnement DM 70,- zuzüglich Portokosten. Schüler, Studenten, Wehr- und Ersatzdienstpflichtige erhalten gegen Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung das Jahresabonnement zum Preis von DM 40,- zuzüglich Portokosten. Bestellungen über den Buchhandel oder beim Verlag. Abbestellungen können nur zum Jahresende erfolgen und müssen spätestens vier Wochen vorher beim Verlag eingehen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mit der Annahme des Manuskriptes erwirbt der Verlag das ausschließliche Verlagsrecht, auch für etwaige spätere Vervielfältigungen durch Nachdruck oder durch andere Verfahren wie Fotokopie, Mikrokopie, Xerographie, u. a. sowie den Vergütungsanspruch gegen gewerbliche Unternehmen, die einzelne Vervielfältigungen zum innerbetrieblichen Gebrauch herstellen. Die Vergütung richtet sich nach dem zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie abgeschlossenen Rahmenabkommen vom 14. Juni 1958 und 1. Januar 1961. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Univ.
Bibliothek
Badum
8

Thesen zur Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei

Danubius Bratislava*

Aussiedlungen größerer Bevölkerungsgruppen im 20. Jahrhundert sind eine außergewöhnliche historische Erscheinung. Da sie mit den elementaren gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und ethischen Problemen zusammenhängen, rufen sie immer die Aufmerksamkeit der Politiker und Wissenschaftler hervor. Aussiedlungen der Bevölkerung sind mit den schwerwiegendsten Fragen der Verwirklichung und Durchsetzung der Menschenrechte verbunden, weil es bei ihnen um eine gewaltsam aufgezwungene Änderung des Wohnsitzes, um das Verlassen der Heimat der Ahnen, um den Verlust des Heimes geht, was schon an sich mit unermeßlichem menschlichem Leiden verbunden ist, so daß sie tatsächlich mit der Praxis des Genozides vergleichbar sind – falls sie nicht im wahren Sinne des Wortes wirkliches Genozid waren.

Während die historisch voraufgegangenen Aussiedlungen (von französisch-deutschen und griechisch-türkischen Bevölkerungsgruppen) eher auf dem Prinzip der Reziprozität oder dem eines weniger gewaltsamen Eingreifens gegenüber den von der Aussiedlung betroffenen Bevölkerungsgruppen und ihrem Besitz durchgeführt worden sind, zeichnen sich die *Aussiedlungen der vierziger Jahre des XX. Jahrhunderts* durch eine ungewöhnliche Überexponierung von Gewalt aus. Sie waren ein Ergebnis totalitärer Diktaturen, die das Regime vergöttlicht und die menschliche Persönlichkeit und ihre Interessen nivelliert haben (...)

Gewaltsame Aussiedlungen ganzer Bevölkerungsgruppen waren innerhalb der Sowjetunion während des zweiten Weltkrieges vorgenommen worden. 1941 wurde eine Million Rußlanddeutscher aus dem Wolgagebiet umgesiedelt, 1943 wurden die Karatschaier und Kalmücken, 1944 die Tschetschenen, Inguschen und Balkaren aus dem nördlichen Kaukasus deportiert, und schließlich erfolgte 1945 die Deportation der Krimtataren. Wie die Geschichtsschreibung zeigt, waren diese Aussiedlungen das Ergebnis persönlicher Be-

schlüsse Stalins, seiner nächsten Mitarbeiter oder seiner Sicherheitsorgane gewesen, von denen weder das Politbüro noch das Zentralkomitee der Bolschewiken Kenntnis hatten, deren Unvermeidlichkeit freilich keineswegs in Frage gestellt worden war. Erst nach den Gewalttaten, die das Ausmaß eines Genozids angenommen hatten, sind rechtliche Maßnahmen zur Kodifizierung dieser Tatsache erfolgt: Im Juni 1945 wurden die Territorialgebilde der von der Aussiedlung betroffenen Bevölkerungsgruppen im nördlichen Kaukasus und auf der Krim durch Dekret des Obersten Sowjets aufgelöst. Diese nachträgliche Legalisierung kann nicht mehr einzig Stalin und seinen Mitarbeitern angelastet werden. Die Aussiedlungspolitik der Jahre 1941–1945 in der Sowjetunion war von besonderer Brutalität gekennzeichnet, und sie bedeutete die physische Liquidation der überwiegenden Mehrheit der deportierten Bevölkerung. Wenn die 200 000 Krimtataren noch der Kollaboration mit der Besatzungsmacht beschuldigt werden konnten, so *»ist diese Beschuldigung im Falle der Bevölkerung der kaukasischen Gebiete, wohin der Feind nicht eingedrungen ist, völlig unglaubwürdig«* (Aragon). Die dem sowjetischen Regime loyal ergebenden Wolgadeutschen konnten in keinem Falle einer solchen Kollaboration beschuldigt werden.

Die mitteleuropäischen Aussiedlungen nach dem zweiten Weltkrieg sind wie durch eine Nabelschnur aufs engste mit den sowjetischen Aussiedlungen der ersten Hälfte der vierziger Jahre verbunden – man hat sich der Idee der irrationalen (historisch zwar tief motivierten und mit dem utilitären Interesse an territorialem Gewinn kombinierten) Rache und der orientalisch-asiatischen Methode der Brutalität und ihrer Praxis bedient; sie wurden auf

*Das Pseudonym deckt einen slowakischen Historiker.

höchster Machtebene von Stalin mit der ganzen Autorität der Sowjetunion durchgesetzt; so findet das Vorspiel der Tragödie der mitteleuropäischen Deutschen als die Tragödie der Wolgadeutschen statt, und sein Finale erfolgt im Genozid an den Krimtataren. Die mitteleuropäischen Aussiedlungen haben die orientalisch-asiatischen des russischen Imperiums *durch ihr Ausmaß* (sie betrafen mehrere Staaten – Polen, Tschechoslowakei, Ungarn) und *durch das Prinzip der Kollektivschuld* (aller Deutschen an dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges und seinen Massakern) übertroffen. Die moralische Last und die Pflicht, sich mit diesen Problemen, nämlich weitreichendster Verletzungen der Menschenrechte, auseinanderzusetzen, belastet das Kulturerbe derjenigen Völker, in deren Namen die Aussiedlungspolitik durchgeführt worden ist. Dieses Problem hat die sowjetische oppositionelle Historiografie (Grigorenko u.a.) und Literatur (Solchenizyn) gegen das offizielle Tabu und somit auch gegen das Schweigen der offiziellen Historiografie erschlossen. Auf diese Weise wurde dem urteilsfähigen und denkenden Teil der Bevölkerung geholfen, die Last der Schuld gegenüber den gemarterten Völkern loszuwerden, hinter der sich das totalitäre Regime gerne versteckt, indem es sie für den Willen des Volkes ausgibt. Die Aussiedlung von mitteleuropäischen Deutschen hat allerdings vor allem bei uns keine Kritik gefunden. Die tschechoslowakischen Historiker sind dem Problem der Aussiedlung wegen dem unüberschreitbaren, bis heute bestehenden Tabu der offiziellen Linie ausgewichen. Einige Historiker nahmen die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei als selbstverständlich an, andere allerdings haben sie sogar heftig verteidigt (am meisten der bekannte Falsifikator Václav Král), und die Literatur (repräsentiert durch den Roman *Der Aufmarsch* von Václav Řezáč) hat im Zusammenhang mit diesem Problem einen Beweis katastrophalen Scheiterns aller menschlicher Werte geliefert. Archive dieser – heute sozialistischen – Staaten, in denen eine Fülle an Material zur Aussiedlung der Deutschen verborgen ist, sind auch jetzt, nach drei Jahrzehnten, sogar für die renommierten Regimehistoriker streng verschlossen. So wird die Aussiedlung der Deutschen aus dem mittel- und osteuropäischen Raum von der westlichen und Exilliteratur bearbeitet, die in vielen Fragen zwischen antideutschem Nationalismus und der

Suche nach historischer Wahrheit schwankt. Die deutsche Geschichtsschreibung und Literatur hat das Problem der Aussiedlung der Deutschen vorwiegend vom Gesichtspunkt der Vertriebenen bearbeitet und ausführlich dokumentiert. Die Forschung wird auch weiterhin auf einer halbamtlichen Ebene durch Sammlung von Dokumenten über die zur Zeit der Aussiedlungen begangenen Gewalttaten fortgesetzt. Das ist jedoch eine deutsche Angelegenheit, die das Schweigen der tschechoslowakischen, polnischen, ungarischen und anderer Historiker nicht rechtfertigt, sondern eher das Gegenteil bedeutet.

Am wichtigsten scheint uns aber die Tatsache zu sein, daß die tschechoslowakische oppositionelle Geschichtsschreibung und Literatur nicht genügend moralischen Mut und eine ausreichende Menge von Material gefunden hat, um sich offen mit dem Problem auseinanderzusetzen, das geschichtlich das vorläufige Ende eines jahrhundertelangen tschechisch-deutschen Zusammenlebens, die Beendigung eines langen historischen Zeitausschnittes, die »Entkolonisierung« der Tschechoslowakei bedeutet. Obwohl auf wissenschaftlichen Konferenzen seit Mitte der sechziger Jahre das Problem der Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen ab und zu auftaucht, wird es eher als *moralisches Problem* (»Wer hat das Recht, eine jahrhundertalte Zivilisation zu entwurzeln?«), statt als gründlich studierter und erudierter historischer Prozeß formuliert. So blieb es bis zur Zeit der tschechoslowakischen Reform von 1968, wo es in der bekannten Brüner Diskussion von J. Procházka, V. Blažek und vor allem von M. Hübl interpretiert worden ist. Seitdem haben alle Diskussionen über die Aussiedlung aufgehört, da das Regime der zweiten Okkupation schöpferische wissenschaftliche Teams gesprengt hat. Paradoxiereise haben sich die tschechischen Historiker mit diesem Problem nicht weiter beschäftigt, trotz der Tatsache, daß die gegen sie im allgemeinen und einzelnen angewandte Gewalt ihnen ein tieferes Verständnis der Gewalttaten vermitteln konnte, die an drei Millionen tschechoslowakischen Deutschen verübt worden sind. Die sozusagen am eigenen Leib und Schicksal erlebte Gewalttätigkeit schließt doch dem Historiker drastisch den Weg zum Begreifen des allgemeinen Wesens der Gewalt auf, die das Regime jahrzehntlang gegen ganze Bevölkerungsgruppen und -schichten anwandte.

Dies ist ein zwar harter, aber zugleich nützlicher Weg zu einer Erkenntnis, deren Reifen und Formulierung das Regime der zweiten Okkupation der ČSSR mit allen Mitteln zu verhindern versucht – besonders durch den Zwang gegenüber Historikern zu schwerer physischer Arbeit. Die Lösung dieses Problems wurde zwar somit auf den ersten Blick durch die Okkupation unterbrochen, gleichzeitig aber auch beschleunigt. Für die tschechoslowakische Gesellschaftswissenschaft, für ihre verfolgten einzelnen oder kollektiven Vertreter, entsteht die Pflicht, sich ehrlich und würdig mit dem Problem der Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen auseinanderzusetzen, dem Volk zu helfen, sich von einer Schuld zu befreien, die in ein kollektives Schweigen und stille Billigung verhüllt ist, was das Regime letzten Endes in seinem Sinne als Unterstützung interpretiert. Aber auch hier, in der Gesamtheit des Volkes, zeichnet sich eine vor der Okkupation kaum bemerkbare Differenzierung ab: Anfang der siebziger Jahre, als im Zusammenhang mit der Normalisierung der Beziehungen zur BRD in einer begrenzten und streng geheimgehaltenen innerstaatlichen Meinungsumfrage die Frage gestellt worden ist: »Was halten Sie von der Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen?«, hat mehr als ein Drittel der Befragten geantwortet, daß sie eine nutzlose, ökonomisch und moralisch schädliche Tat war. Die Aussiedlungspolitik wurde dabei im Prinzip verurteilt. Diese Meinungen sind nicht an die Öffentlichkeit gedrungen, das allgemeine Schweigen und Zögern angesichts dieses offenen Problems verlängert die Herrschaft dieser moralisch untragbaren Situation. Wir neigen eher zur Billigung von E. Kohaks Auffassung über die Aussiedlung als einer Gewaltanwendung gegen eine ganze Gruppe von Menschen, die sich ausschließlich der Zugehörigkeit zu einer Nationalität schuldig gemacht haben, als zu den Schlußfolgerungen von Prof. Mastný, der in Beneš' Konzeption der Aussiedlung eine staatsmännische Tat sieht. Die Aussiedlung tschechoslowakischer Deutschen ist vor allem ein Gegenstand des Studiums für die tschechoslowakische Geschichtsschreibung und Literatur, es ist unser offenes, meist umgangenes und oft peinlich interpretiertes Problem.

II

Die Aussiedlung von drei Millionen tschechoslowakischen Deutschen (offizielle Quellen geben

2 296 000 Personen an) bedeutete die Aussiedlung tschechoslowakischer Bürger deutscher Nationalität. Der Präsident der ČSR, Dr. Eduard Beneš, und die tschechoslowakische Regierung zunächst im Exil und später, nach der Befreiung, auch auf heimischem Boden, gingen in ihrer Forderung nach Geltendmachung der internationalen Rechte konsequent von einer Kontinuität der ČSR, von ihrer territorialen Ungeteiltheit und inneren Integrität aus. Als der territoriale Raub der Grenzgebiete in der Südslowakei bzw. der Karpaten-Ukraine nicht anerkannt und der volle Anspruch an Staatsgrenzen der Tschechoslowakei aus der Zeit vor dem Münchner Abkommen erhoben worden war, galt das im vollen Ausmaß auch für die Bevölkerung, die in diesem Gebiet ihren Wohnsitz hatte, und bedeutete eine grundsätzliche Nichtanerkennung aller rechtlichen Akte des Besatzers, einschließlich der Änderung der Staatsangehörigkeit von tschechoslowakischen Bürgern. Im Sinne dieser Auffassung durften keine Ausnahmen gemacht werden, wenn letztere als Ganzes akzeptiert werden sollte: Es war unmöglich, die Grenzen aus der Zeit vor dem Münchner Abkommen zu fordern und gleichzeitig die Bevölkerung dieses Gebietes nicht zu beachten. Die tschechoslowakischen Deutschen und Ungarn waren tschechoslowakische Staatsbürger gewesen, und die vorübergehende Veränderung ihrer Staatsangehörigkeit infolge der Gewalttaten des Besatzers war von Anfang an – genauso wie das Münchner Abkommen – ungültig.

Die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen (im Zusammenhang mit den anderen mitteleuropäischen Aussiedlungen), die größte Völkerwanderung der neueren Geschichte, hat also eine gewaltsame Deportation von drei Millionen Einwohnern bedeutet; diese hatten seit dem 13. Jahrhundert die Grenzgebiete des tschechischen Königreiches und einige Teile der ungarischen Slowakei, später der österreichischen bzw. österreichisch-ungarischen Monarchie und schließlich der selbständigen ČSR bewohnt (und allmählich besiedelt). Es war die Aussiedlung einer ganzen Zivilisation (verstanden im vertikalen, historischen Sinne). Die geographische Bestimmung der Siedlungen dieser Zivilisation (oder kulturellen Gemeinschaft), symbolisch im Ring des tschechischen Grenzgebirges eingeschlossen, hat dazu geführt, daß sich die tschechoslowakischen Deut-

schen in ständiger Begegnung mit dem tschechischen Volk und der südlichen, österreichischen Zivilisation, politisch und geistig unabhängig und politisch oft sogar gegensätzlich zur deutschen, vor allem großdeutschen, preußischen Zivilisation entwickelt haben.

Die tschechoslowakischen Deutschen spielten im tschechischen Raum eine spezifische wirtschaftlich-gesellschaftliche und kulturelle Rolle, die zu einem dauerhaften positiven Beitrag für dieses Gebiet wurde, von der Kultivierung der schwer zugänglichen gebirgigen Landschaft, der Zivilisierung der Grenzgebiete, bis hin zur Schaffung einer spezifischen deutschen Kulturschicht in Prag. Im Laufe der Jahrhunderte sind sie zu Früchten und Kindern dieses Landes geworden. Die großdeutsche Einstellung, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die tschechoslowakischen Deutschen allmählich zu beeinflussen begann, hat hier kein sichtbares Übergewicht gewonnen: Die wenigen letzten Vorkriegsjahre, in denen sich diese Richtung unter den tschechoslowakischen Deutschen durchgesetzt hat, kann ex post den jahrhundertelangen Zivilisationstrend, das Gefühl, die Tradition, die Mentalität der Bevölkerung, ihre Verankerung in Raum und Zeit nicht umstoßen. Eine jahrhundertelange historische Entwicklung kann mit einer nur einige Jahre andauernden Situation nicht gleichgesetzt werden; K. Henlein und K. H. Frank waren keine »Ausmündung« des Stromes dieser Zivilisation auf unserem Gebiet, sondern eine vorübergehende historische Anomalie ohne Zusammenhang mit dem echten Sinn der geschichtlichen Kontinuität der tschechoslowakischen Deutschen. Die entgegengesetzte These anzunehmen würde heißen zu behaupten, die deutsche Geschichte hätte ihren Ausgang im Dritten Reich und in der Persönlichkeit A. Hitlers gefunden und die ganze vorangegangene Entwicklung der deutschen Stämme und später des Volkes sei nur eine Vorbereitung auf diesen Sieg gewesen. Solche ahistorischen Deformationen, die den Federn der heutigen Hofhistoriker entstammen, sind uns bereits bekannt: Die ganze historische Entwicklung der Tschechoslowakei war nur ein schwieriges Vorspiel zum letzten Schrei der Geschichte – der sozialistischen Epoche. Eine Identifizierung Henleins und des zunehmenden großdeutschen, zum Preußentum inklinierenden Trends, bedeutet eine gewaltsame, utilitäre An-

wendung und Begründung der »Kollektivschuld« der tschechoslowakischen Deutschen an dem Untergang der ČSR. Fünf oder sieben Jahre der jüngsten geschichtlichen Entwicklung können nicht den Sinn und die Richtung von fünf bis sieben Jahrhunderten historischer Entwicklung der tschechoslowakischen Deutschen umkehren. So bedeutete die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen den Verzicht auf einen Teil der eigenen tschechoslowakischen Bevölkerung, auf die Zivilisation dieses Raumes, die sich in dieser geographisch-historischen Region entwickelt hat. Auch deswegen ist sie vor allem eine tschechoslowakische Angelegenheit, die nicht nur vom Standpunkt der Population (erst nach 40 Jahren wurde der Stand von 1935 – 15 Millionen Einwohner – erreicht), sondern auch von wirtschaftlichen, politischen und besonders moralischen Gesichtspunkten zu lösen ist.

Bei der Rechtfertigung der Aussiedlung von tschechoslowakischen Deutschen wird oft das Argument wiederholt, daß die tschechoslowakischen Deutschen die größte Freiheit und die meisten Vorteile unter allen mitteleuropäischen Ländern genossen haben. Dieses Argument beweist die historisch fortschrittliche Qualität der parlamentarischen ČSR. Es wird jedoch weniger oft daran erinnert, daß die tschechoslowakischen Deutschen, mit Ausnahme der ersten Monate nach der Entstehung der ČSR, den Weg zur Loyalität und Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Regierung (besonders in den zwanziger Jahren) gesucht hatten und daß sich in der ČSR die gesellschaftliche Spannung erst nach der großen Wirtschaftskrise in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre verschärfte hatte. Diese nahm wiederum bei den nichttschechischen Nationalitäten einen ausgeprägten nationalen Aspekt an und wurde zur sozialen und nationalen Demagogie mißbraucht.

Es war gerade die Kommunistische Partei der ČSR, die die sozialen Massenbewegungen der proletarischen Schichten der tschechoslowakischen Deutschen angeregt, organisiert und geführt hat und unermüdet behauptete, daß die national unterdrückten Minderheiten – Deutsche, Ungarn, Slowaken, Ukrainer, Polen – sich in der ČSR nicht zu Hause fühlen können und deswegen den tschechoslowakischen Staat mit Recht nicht als ihren eigenen betrachten. Aufgrund dessen hat die KPČ bereits 1931 volle Autonomie für die Minderhei-

ten gefordert. Später, nach dem zweiten Weltkrieg, schien die KPČ diese Tatsachen vergessen zu haben.

Man kann die Regierungen der ČSR aus der Zeit vor dem Münchner Abkommen nicht ihres Anteiles an der Verantwortung dafür entheben, daß sie durch ihre Verweigerung einer Lösung bzw. durch verzögertes Nachgeben in den Fragen der sozialen und nationalen Forderungen und Rechte der tschechoslowakischen Deutschen das Anwachsen des großdeutschen Stromes und des Einflusses von Henlein bei den tschechoslowakischen Deutschen de facto gefördert haben. Was Präsident Dr. Eduard Beneš den tschechoslowakischen Deutschen in der Zeit der Not und Wirtschaftskrise im Jahre 1938 in einigen seiner Pläne vorgelegt hat, hätte schon viele Jahre früher vorgelegt werden sollen, was wieder in großem Maß Henleins Demagogie den Wind aus den Segeln genommen hätte; damals ist es allerdings schon zu spät gewesen.

Die Bewegung von Henlein, so wie die von Horthy oder von der Volkspartei in der Slowakei, ist ein unteilbarer Bestandteil der damaligen historischen Realitäten, eine Frucht der Zeit und kein eigenwilliger Auswuchs der einen oder anderen Volksgruppe. Obwohl sonst die Kritik an der tschechoslowakischen Republik der Vorkriegszeit, vor allem von kommunistischer Seite, nach 1945 kein Ende nahm und obwohl diese wegen ihrer Unfähigkeit, die sozialen und nationalen Probleme der Minderheiten, auch die der Slowaken, zu lösen, ständig scharf verurteilt worden ist, wurden die Deutschen dabei ausgeklammert. Auf diese Weise sollte nachträglich der eigenwillige, launenhafte und antitschechische Charakter der tschechoslowakischen Deutschen deutlich hervorgehoben werden. Was aber für die augenblicklichen Ziele des Regimes gut war, ist für die historische Forschung unannehmbar. Die Schuld der tschechoslowakischen Deutschen an der Sprengung der ČSR ist in großem Maß auch die Schuld der Politik des Regimes und der Politik der Staatsregierungen, einschließlich der Politik des Präsidenten der ČSR. Dieses Argument wurde nicht zugelassen, weil es im Widerspruch zur Betonung der absoluten »Kollektivschuld« der tschechoslowakischen Deutschen an der Sprengung des Staates und sogar an der Hervorrufung des zweiten Weltkrieges (die Argumentation von Beneš) stand. Und so blieb auch in dieser Hinsicht – nämlich der Verantwort-

ung für die Schuld – das Problem der tschechoslowakischen Deutschen vor dem Krieg ein Problem der tschechoslowakischen Deutschen nach 1945; *es sollte ausschließlich im Lande gelöst werden.*

Das totalitäre Regime Nazideutschlands und die Besetzung der tschechischen Länder hat viele tschechoslowakische Deutsche in verbrecherische Aktivitäten mit einbezogen, vor allem bei der Vertreibung von mehr als 100 000 Tschechen aus den Grenzgebieten (in den Jahren 1938–1939), später im Dienst der hitlerischen Besatzer in tschechischen Gebieten sowie im Dienst der Armee und Polizei. Das waren alles verbrecherische Taten, die individuell hätten bestraft werden sollen; die Einzelpersonen, die Gewalt angewendet hatten, hätten nach dem Maß ihrer Schuld vor das Gericht des Volkes, an dem sie sich verschuldet haben, gestellt werden sollen. Dieser Begriff der individuellen Schuld wurde allerdings durch die Kollektivschuld aller tschechoslowakischen Deutschen überdeckt. Heute ist es doch längst bekannt, was ein totalitäres Regime mit einem Volk machen kann (besonders in Zeiten von Krieg und allgemeinem Terror), wie es das Volk mit verschiedenen Mitteln zur Billigung seiner Politik zwingen und wie es letzteres vergewaltigen kann. Die soziologische Tragweite des Aktivismus in einem totalitären Staat überschreitet jedoch selten 10–15 % der Bevölkerung; der Rest beschränkt sich auf eine formale Billigung der Regimepolitik (durch Teilnahme an Wahlen und anderen allgemeinen Aktionen des Regimes). Man kann feststellen, daß die nazistisch aktivistische und faschistische Gruppe unter den tschechoslowakischen Deutschen eine Höchstzahl von 300 000–500 000 Personen nicht überschritten hat. Diese tschechoslowakischen Deutschen, die ursprünglich die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit besaßen, welche ihnen auch aufgrund der oben erwähnten Grundsätze der Nichtanerkennung der rechtlichen Akte des Besatzers zustand, hätten nach gültigen tschechoslowakischen Gesetzen vor Gericht gestellt und wegen ihrer Tätigkeit gegen die ČSR und ihren Verbrechen an der tschechoslowakischen Bevölkerung verurteilt und, im Falle der Feststellung der höchsten Schuld, aus der ČSR ausgesiedelt werden sollen.

Durch die Aussiedlungen wurde auch die ursprüngliche tschechische Bevölkerung betroffen. Für recht- und heimatlose Verbrecher wurden auch

die tschechischen Ehemänner und -frauen von Deutschen und deren Kinder erklärt. In die Transporte wurden tschechische Kinder eingereiht, die kein Deutsch sprachen, sowie Leute, die Tschechen geblieben waren; obwohl das Prinzip der gemischten Ehe für das Nichtinkrafttreten der Entscheidung über die Aussiedlung anerkannt wurde, wurde es nur sporadisch und zufällig angewandt. Sich einen Deutschen zum Lebensgefährten zu erwählen hieß, ein Verbrechen zu begehen! So war die Aussiedlung den Tiefen einer irrationalen Rache entsprungen, die in jeder Hinsicht einer gründlichen Analyse und wirklicher Erkennung des Ausmaßes und der Wirkung der Schuld der tschechoslowakischen Deutschen entbehrte. Die Aussiedlungen an sich wiesen enorme Diskrepanzen auf: Deutsche Fachleute, die für die Industrie notwendig waren, waren auf einmal keine »bösen Deutschen« mehr, ihre ursprüngliche tschechische Staatsangehörigkeit wurde bestätigt, und sie durften im Lande bleiben. Viele aktive Faschisten, die vorher Tschechen und deutsche Antifaschisten angezeigt hatten, boten ihre Dienste bereitwillig der neuen Staatsmacht an, um nun wieder tschechoslowakische Deutsche anzuzeigen; wenn sie noch dazu über genügend Mittel verfügten (Schmuck, Gold, Geld, usw.), konnten sie sich freikaufen und durften bleiben. Und schließlich wurden auch Faschisten, die eine Strafe verdient hatten und zu langjährigem Kerker in der ČSR verurteilt worden waren, nach ein, zwei Jahren Gefängnis schleunigst freigelassen und abgeschoben; der Justizminister Dr. Prokop Drtina hat es damit begründet, daß nach dem Ablauf der Abschubfrist, die von den Großmächten festgelegt wurde, die aus dem Gefängnis entlassenen Deutschen nach dem Verbüßen ihrer Strafen in der ČSR bleiben würden.

Deswegen hat man ihnen die Strafe lieber erlassen, um die Anwendung der höheren Strafe, des Abschubs, zu ermöglichen.

Den deutschen Antifaschisten hat man empfohlen, zusammen mit der »irreführten« Bevölkerung das Land zu verlassen, um letztere dann umerziehen zu können; nur diesem Teil der tschechoslowakischen Deutschen wurde es erlaubt, auch größeren persönlichen Besitz auszuführen (meistens einen halben Waggon). Viele Antifaschisten waren allerdings mit dem Prinzip der totalen Aussiedlung nicht einverstanden, und besonders als sie die Me-

thoden, mit denen die Aussiedlung durchgesetzt wurde, kennenlernten, sind sie aus Protest, aus eigenem Antrieb weggegangen.

Das eigentliche Prinzip der Aussiedlung wies in seinem gesamtstaatlichen Ausmaß eine grundlegende Anomalie auf; obwohl im Regierungsprogramm von Košice und später auch im Potsdamer Abkommen der Siegermächte automatisch die Aussiedlung der deutschen und ungarischen Bevölkerung vorgesehen war, wurde diese Forderung nur im Falle der tschechoslowakischen Deutschen verwirklicht. Das erfolgte trotz der Tatsache, daß im Lichte der damaligen Argumentation die Schuld der slowakischen Ungarn an der Sprengung der Republik nicht geringer war, da aufgrund ihrer irredentistischen Politik ein Drittel der slowakischen Gebiete abgetrennt und besetzt worden ist. Hier wurden nur einige Tausend der aktivsten Pfeilkreuzler abgeschoben, während die eigentliche Aussiedlung durch einen Austausch der Bevölkerung auf der Grundlage des Prinzips der Reziprozität gelöst werden sollte, woran es auch schließlich gescheitert ist. Der Fall der ungarischen Bevölkerung hat anschaulich gezeigt, daß grundsätzliche Fragen auch auf eine andere, humane Weise geregelt werden können, die nicht unbedingt das barbarische Element der Auswurzelung einer jahrhundertealten Zivilisation bedeutet. Das Argument, Ungarn sei zu der damaligen Zeit in eine Volksdemokratie umgewandelt worden, kann kaum aufrechterhalten werden, wenn man in Betracht zieht, daß z.B. die deutsche Sowjetzone ebenfalls eine neue politisch-soziale Entwicklung garantiert hat. Aber gerade die Russen haben sich am meisten geweigert, die ausgesiedelten tschechoslowakischen Deutschen in ihre Zone aufzunehmen, genauso wie sie noch zur Zeit des »wildem« Abschiebens abgelehnt haben, sie in ihrer Zone in Österreich aufzunehmen. Sie lehnten es ab, Zehntausende von Brüner und südmährischen Deutschen aufzunehmen, und falls sie es taten, dann haben sie auch hier das Prinzip der Reziprozität im Austausch der Bevölkerung geltend gemacht: jeder ausgesiedelte tschechische Deutsche wurde durch einen Wiener oder österreichischen Tschechen ersetzt.

Die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen wies also vom Zufall abhängige Elemente von Inkonsequenz und Voluntarismus auf, sie war weder ideologisch noch politisch und organisato-

risch vorbereitet und wurde eher irrational, elementar spontan, ad hoc durchgeführt, als logisch (...)

III

Die bestimmende Methode der Aussiedlung, die besonders von Russen, aber auch von Engländern (Churchills Äußerung: »Ein guter Deutscher ist ein toter Deutscher«) und Amerikanern durchgesetzt worden war, war das Prinzip der »Kollektivschuld« der tschechoslowakischen Deutschen, verbunden mit brutaler Gewaltanwendung. Die russischen Berechnungen waren offensichtlich: Durch den Abschied von polnischen und tschechoslowakischen Deutschen, für den sie mit ihrem Einfluß eingetreten sind, konnten sie ihre Forderung nach territorialen Veränderungen gegenüber den beiden Staaten geltend machen; sie hatten nichts zu verlieren: Für die dem tschechischen Volk freigegebenen tschechischen Grenzgebiete konnten sie ruhig die Karpatenukraine und für Ostpreußen und die Oder und Neißegrenze von den Polen wieder ostpolnische historische Gebiete verlangen, was sie auch getan haben.

Die Teilnahme der westlichen Großmächte an den Vorbereitungen und an der endgültigen Billigung der Aussiedlungspolitik war durch ihr Schuldgefühl wegen des Münchner Abkommens bzw. wegen ihrer passiven Zuschauerrolle in dieser Entwicklung bedingt. Präsident Beneš hat mit »der Schuld am Münchner Abkommen« nicht nur den Russen gegenüber argumentiert, um ihnen die Notwendigkeit, einen Druck auf die Westmächte in der Sache der Aussiedlung auszuüben, zu begründen, er hat auch die Vertreter Englands und der USA in verschiedenen Zusammenhängen daran erinnert. Nach anfänglichem Schwanken und Zögern (nach Beneš Reise nach Moskau) billigten sie mit gewissem Vorbehalt ebenfalls den Gedanken der totalen Aussiedlung. Ihre Verlegenheit über die Ergebnisse von Potsdam hat daran nichts geändert, da Beneš sich den Druck Stalins auf die neuen Regierungsvertreter der Westmächte grünllich zunutze zu machen wußte. Seitens der Westmächte war die Aussiedlung ein Akt der Strafe und Repression, durch die sie einen Teil ihrer Schuld am Münchner Abkommen zu sühnen und die Zuneigung der Tschechoslowakei zu gewinnen hofften, aber praktisch nichts gewonnen haben.

Die russische Teilnahme war hingegen völlig anders. Außer den erwähnten territorialen Interessen hat sich bei den Russen ebenfalls das Prinzip der Rache für die auf ihren eigenen Gebieten verübten nazistischen Gewalttaten durchgesetzt, aber eine große Rolle hat hier auch die unkontrollierbare Art von Reparationskonfiskationen (Ausfuhr des Besitzes sowie von ganzen Betrieben aus dem tschechischen Grenzgebiet) und der Sicherstellung von wichtigen Quellen für die Entwicklung in der Nachkriegszeit (Beschlagnahme von tschechoslowakischen Uranquellen) gespielt. Am wichtigsten war aber das *Prinzip des künftigen historischen Bündnisses (der ewigen Dankbarkeit) mit dem Volk, das die Aussiedlungen de facto unter seinem Machtpatronat durchführen sollte.*

Das Prinzip der »Kollektivschuld« war der bestimmende Faktor der Politik der tschechoslowakischen Regierung gegenüber den tschechoslowakischen Deutschen. Präsident Beneš bezeichnete die tschechoslowakischen Deutschen als die Iniziatoren des zweiten Weltkrieges, und darin lag das Wesen seiner Interpretation der »Kollektivschuld« der Deutschen (»für Hitler, Henlein und Himmler ist das ganze deutsche Volk verantwortlich«). Aber die Identifizierung mit dem Prinzip der »Kollektivschuld« bedeutet die Identifizierung mit der totalitären Ideologie der antidemokratischen Regime, es bedeutet deren Bestand und ungeheure Praxis zu verlängern.

Die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen wurde im Sinne der »Kollektivschuld« verwirklicht. Der Sieger – der tschechoslowakische Staat – hat sich *gerächt*. Er hat dieselben Methoden wie der Besatzer benutzt, wenn er sie nicht gar vollkommen hat. Der Sieger schien hier den diametralen Unterschied in seinem Verständnis von Menschlichkeit und Idealen der Humanität vergessen zu haben.

Vor der tschechoslowakischen Öffentlichkeit wurden diese Tatsachen jahrelang mit Phrasen darüber getarnt, was der Feind »vorgehabt, geplant« – aber nicht verwirklicht hatte. Im Vergleich mit anderen Völkern ist es hier zu keiner Katastrophe gekommen. Als den Polen von tschechischer Seite die barbarische Vertreibung nicht nur von Deutschen, sondern auch von Tschechen (aus Schlesien und dem Teschener Land) vorgeworfen worden war, argumentierten diese damit, daß sie ein moralisches Anrecht hätten, weil, während jeder fünfte

Pole gefallen sei, sich das tschechische Volk hätte zahlenmäßig vergrößern können. In diesem Sinne haben sie auf die Berechtigung *ihrer* gewaltsamen Methoden bei der Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen hingewiesen, während sie gleichzeitig die Anwendung derselben Methoden einem Volk absprachen, das durch den Krieg unvergleichbar weniger gelitten hatte. Wenn sich in der Tschechoslowakei kritische Stimmen erhoben, die darauf hinwiesen, daß die Jugoslawen im Krieg gegen die deutschen Besatzer hart gekämpft, sich aber nach dem Krieg der deutschen Zivilbevölkerung gegenüber großzügig und nachsichtig benommen hätten, so wurden sie schnell zum Schweigen gebracht. Auch die Tatsache, daß die Völker Jugoslawiens wesentlich mehr als Tschechen durch Verluste an Menschen und Besitz betroffen waren, wurde nicht zur Kenntnis genommen. Auch Slowaken haben es nicht gern gehört, deren Gebiete vom Krieg doch betroffen waren und von denen er schwere Opfer gefordert hatte. Warum so viel Brutalität gegen die Deutschen, wenn es zugleich genügend Beweise für die Kollaboration ganzer Gruppen und Schichten der eigenen Bevölkerung – besonders von lawinenhaften Denunziationen – gab? Vielleicht gerade deswegen.

Und diese Brutalität hat sich auch auf die 150 000 tschechoslowakischen Deutschen übertragen, die in der CSR geblieben waren, als ob hier der Vertreibung noch raffiniertere Methoden folgen sollten: Über 20 Jahre lang wurden ihnen die Rechte einer Minderheit abgestritten, obwohl die vorher »faschisierten« Ungarn sie sofort bekommen hatten, ganz zu schweigen von den bevorzugten Karpatenukrainern. Die Deutschen wurden in der volkdemokratischen und sozialistischen Tschechoslowakei einer gewaltsamen Assimilation, Entnationalisierung, dem Verlust ihrer Sprache und Kultur – ohne Schulen und nationale Institutionen – ausgesetzt. Die Anwendung von Methoden der gewaltsamen Assimilation, von denen die Völker der Tschechen und Slowaken mehr als genug in ihrer eigenen Geschichte kennengelernt und erlebt hatten, stellt eine der dunkelsten Seiten in der Geschichte dieses Staates dar. Auch hier lebte der Geist des ersten Besatzers mit seiner Praxis der Germanisierung fort. Es wäre anzunehmen, daß gerade die Völker, die in ihrem eigenen Schicksal die Erfolglosigkeit der Entnationalisierung erlebt hatten, diesem Unwesen gegenüber besonders

empfindsam sein würden; aber die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg hat hier das Gegenteil bewiesen.

Die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen erfolgte in den Zeiten der Freiheit des tschechischen und slowakischen Volkes. In dieser Zeit wurden die Aussiedlungen vorgenommen: Das Massaker von Aussig a. d. Elbe und der Brüner (südmährische) Todesmarsch sind nur die sichtbarsten Höhepunkte dieser Tragödie von Tausenden Geschlagener und Erschlagener während der »wilden« Phase der Aussiedlung (Mai – November 1945); hinzu gehören Hunderte von Selbstmorden infolge der Aussiedlungen, das Wüten der »Revolutionären Garde« in den Sammellagern, das keinesfalls hinter den faschistischen KZ's zurückgeblieben ist; hier sind Neugeborene und Kleinkinder infolge geplanter und koordinierter Lebensmittelbeschränkungen, Demütigungen, des Versagens von rechtllichem Schutz und Hilfe, öffentlichen Prügelns und Beleidigungen, allgemeinen moralischen und physischen Terrors gegen die tschechoslowakischen Deutschen gestorben. Zu Menschenverbrennungen an Laternen in Prag und öffentlichen Hinrichtungen, die Kinder mitansehen mußten, ist es vor allem in den ersten Wochen nach der Befreiung gekommen; aber noch im Juli 1945 war es möglich, einen Deutschen öffentlich auf der Straße zu erschießen, und noch 1946 hat der Landesvolksausschuß in Brünn die Vertreibung von Deutschen aus ihren Häusern, Raub an ihrem Besitz, Prügelns und allerlei Schikanen feststellen und strengstens verbieten müssen. Deutsche aller Schichten und Klassen wurden genauso behandelt wie die Juden von deutschen Faschisten und von der Gestapo; einschließlich öffentlicher Kennzeichnung (Armbinden), besonderer Lebensmittelkarten, der erlaubten mitzunehmenden Menge von Personengepäck, Transporten in Güterwagen (»Viehwagen«), Konzentrierung in Sammellagern. Sie wurden genauso wie die Häftlinge in den KZ's Nazideutschlands gegen Ende des Krieges behandelt, einschließlich Todesmärschen.

All dies wurde gegenüber tschechoslowakischen Deutschen angewandt, die sich nur durch ihre Nationalität schuldig gemacht haben, und deswegen stellt es das erschütterndste Kapitel der tschechoslowakischen Geschichte dar. Die volle Verantwortung für dieses Wüten lastet auf den tschechoslowakischen Nachkriegsregierungen des Sozialde-

mokraten Zd. Fierlinger und des Kommunisten Klement Gottwald, auf den Machtorganen des Staates (unter der Leitung des Innenministers, des Kommunisten Nosek) und den Spezialeinheiten der tschechoslowakischen Armee (von Svoboda), die den Abschub organisiert und vollzogen haben. In einem allgemeinen Sinne kann man es aber auch als ein Scheitern des Volkes in einer Zeit, als andere Völker bereits befreit waren, bezeichnen. Die Entwicklung vieler retardierender Elemente in unserem Volksorganismus, die in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre ihren Höhepunkt erreichten und in vieler Hinsicht bis heute fortleben, fängt nicht nach der kommunistischen Machtübernahme 1948, sondern bereits im Jahre 1945 an.

IV

Der Hauptinitiator und theoretische Begründer der Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen war der Präsident Dr. Eduard Beneš. Die Ansichten verschiedener Widerstandsgruppen, Bevölkerungsschichten oder einzelner, waren seit dem Beginn der ersten Besetzung für die machtpolitische Lösung des Problems unbedeutend, obwohl man ihren Einfluß auf die Entwicklung der Einstellung von Beneš zur Aussiedlung voraussetzen kann. Von den ursprünglichen Überlegungen – Einbeziehung von Vertretern der Emigration der tschechoslowakischen Deutschen in die Exilregierung und ihre Organe (Jaksch) und der Zusammenarbeit mit ihnen – haben sich die Ansichten von Beneš (besonders nach der Tragödie von Lidice) zur Überzeugung von der Unmöglichkeit eines Zusammenlebens mit den Deutschen nach dem Krieg und zur Annahme von Plänen für ihre gewaltsame Aussiedlung entwickelt.

Präsident Beneš ließ sich von einem Bedürfnis nach Vergeltung für die Sprengung des tschechoslowakischen Staates leiten. Die hatten allerdings nicht die Sudetendeutschen verursacht, sondern sie war eine Folge der Auflösung des Versailles-Systems und der nachgiebigen Politik der Westmächte gegenüber Hitlers Aggression.

Zu Beneš' Gunsten kann man die Tatsache anführen, daß er als ein Vertreter des Liberalismus und Parlamentarismus sowohl im Rahmen der konstitutionellen Monarchie als auch der parlamentarischen Republik in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die Manipulation der totalitären Sy-

steme (einschließlich totalitärer politischer Parteien) von großen Menschengruppen nicht begriffen hat und die Entscheidungen und Taten dieser manipulierten sozialen Gruppen oder Minderheiten (tschechoslowakischen Deutschen) für eine Folge des Denkens und Handelns freier menschlicher Persönlichkeiten hielt, die für ihre Tätigkeit volle Verantwortung tragen. Die Schrecken des zweiten Weltkrieges (dieses definitiven Krachs des Liberalismus vom Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts) schienen ihn in dieser Überzeugung bestätigt zu haben; bei all seiner diplomatischen Schlaueheit konnte Beneš Stalin und die Motivation seiner Entscheidungen nicht begreifen: »Er hat mich betrogen!«. Er hat sich sicherlich gewundert, wie schnell Gottwald dies begriffen hat und wie vehement und konsequent er die Aussiedlungen durchsetzte – mehr als Beneš selbst mit den National-Sozialisten.

Einer der Hauptpunkte der Moskauer Verhandlungen von Beneš im Dezember 1943 war gerade die Aussiedlung; von ihr ist er ausgegangen, zu ihr ist er zurückgekehrt, und sie hat auch die meisten Argumente absorbiert – es war der rote Faden, der sich durch die ganzen Verhandlungen zog. Für den Flankenschutz *in dieser Hauptsache*, in der er damals noch durchaus nicht von den Westmächten unterstützt wurde, hat er den Sowjets ein möglichst enges Bündnis der ČSR mit der östlichen Weltmacht versprochen. Nach den Moskauer Verhandlungen sollte der deutsche Besitz als Grundlage der allgemeinen Verstaatlichung und Sozialisierung der ČSR und ihrer gesellschaftlichen Umwandlung dienen. Beneš hat versprochen, den Kampf mit der tschechischen Bourgeoisie, falls sie Widerstand leisten sollte, zu führen und sie zu besiegen. Obwohl ihm die Russen untersagten, die Slowaken nach seiner Vorstellung zu bestrafen, und eine Teilnahme in dieser Angelegenheit ablehnten, konnte er im Falle der tschechoslowakischen Deutschen mit ihrer vollen Unterstützung rechnen. Für die russische Hilfe bei dem gewaltsamen Hinauswurf der Deutschen aus der ČSR hat Dr. E. Beneš im Dezember 1943 in Moskau ein Versprechen gegeben, das fatale Folgen für die Souveränität und freie Entwicklung des Staates mit sich bringen sollte. Als genialer Strategie des russischen Imperiums hat Josef Stalin sogleich begriffen, wozu sich das tschechische Volk dadurch ihm (und, historisch gesehen, dem russischen Imperium) für Jahrhun-

derte verpflichtet; und das ohne jedes Risiko für ihn, da die Aussiedlung nicht auf russische, sondern *auf tschechische Kosten* durchgeführt werden sollte. Stalin hat diese Gelegenheit energisch ergriffen und setzte in Potsdam die Aussiedlungen der mitteleuropäischen Deutschen am konsequentesten und entschiedensten durch, um so mehr, da das für ihn auch territorial Gewinn brachte. Er mußte einen erheblichen Druck auf die neuen Vertreter Englands und der USA ausüben, weil die spontane, »wilde« Phase des Abschubs aus der Tschechoslowakei besonders in England einen Sturm von Empörung hervorgerufen hat und zu Parlamentsdebatten und Interpellationen führte, die Presse Kritik an den barbarischen Methoden übte und eine humane Durchführung der Aussiedlung zur Voraussetzung von Verhandlungen über eine Staatsanleihe an die Tschechoslowakei gemacht wurde.

Die historische Verantwortung von Beneš für die Aussiedlung der Deutschen – in innenpolitischer Beziehung – besteht darin, daß er der Aussiedlung in ihrer Anfangsphase Anregungen zu einer bislang nie dagewesenen Brutalität gegeben hat, und zwar mit seinem Aufruf zu einer »*Ausliquidierung*« der Deutschen in seiner ersten öffentlichen Rede in Prag. »Ausliquidieren«, das hieß eindeutig, *ihre Zivilisation auszumerzen*. Eine neue, in der tschechischen Geschichte nie dagewesene Tat, hat also auch eine semantische Neubildung erforderlich gemacht.

Als sich Beneš bald davon überzeugen mußte, daß sein Aufruf die Machtorgane und breite Volksmassen zu »*Exzessen, die des Landes von Masaryk unwürdig sind*« (seine Formulierung) anregte, sah er sich gezwungen, ihnen »*sehr entschieden entgegenzutreten*«, sie öffentlich einige Male kategorisch zu verurteilen und anzuprangern (z.B. in seiner Rede in Mělník 14. September 1945). Seine Äußerungen haben jedoch die brutale Praxis keineswegs geändert, obwohl er das Gegenteil behauptete. Die Verfolgung von tschechoslowakischen Deutschen wurde weiterhin fortgesetzt, und zwar auch in den Jahren 1946 und 1947.

V

Den größten innenpolitischen Nutzen aus den Aussiedlungen zogen allerdings nicht die National-Sozialisten (bürgerliche tschechische Partei –

die Red.), sondern die Kommunisten. Als sie nach kurzem Zögern (nach der Initiative Beneš' im Kreml) festgestellt hatten, welch ein aktuelles politisches Phänomen die Aussiedlung für das tschechische Volk darstellt, haben sie es voll aufgegriffen. Ihre Presse hat am entschiedensten, beharrlichsten und längsten das Prinzip der totalen Aussiedlung und ihrer vollen Verwirklichung verteidigt. Die von ihnen angeführten »*Revolutionären Gardes*«, Einsatztruppen der Armee, Milizen und Betriebsausschüsse, haben sich in der Beziehung zu den tschechoslowakischen Deutschen am brutalsten benommen. Obwohl sie die internationale Pflicht, mit der sie immer so lautstark argumentierten, zu einem nachsichtvollen Benehmen gegenüber den deutschen Antifaschisten und Proletariern, zur Anerkennung der vorrangigen Verdienste der tschechoslowakischen Deutschen bei der Gründung, dem Aufbau und bei der Entfaltung der kommunistischen Bewegung hätte verpflichten sollen, haben sie die Fahne des Internationalismus von sich geworfen und kannten keine deutschen Genossen, Proletarier und Arbeiter mehr; als ob es für die KPČ keine deutschen Antifaschisten, ehemalige Sozialdemokraten und Kommunisten gegeben hätte. Diese Taktik im Verhalten zu deutschen Proletariern haben sie ihrer strategischen Linie – dem Ergreifen der politischen Macht – untergeordnet, und dabei war ihnen jedes Mittel recht. Den Machtkampf verhüllten sie mit der Losung, sie wollten die Zustimmung der Mehrheit des Volkes für sich gewinnen. Und selbst der Parteivorsitzende, Klement Gottwald, hat bei seinen öffentlichen Auftritten und Reden bis zum Jahre 1947 den Begriff »*deutscher Antifaschist*« aus seinem Wortschatz gestrichen, um dieses Hauptinteresse der Partei nicht zu schädigen; er benutzte ihn nur selten und zögernd vor streng geschlossenen Parteiversammlungen, allerdings immer nur bei gleichzeitigem Veröffentlichungsverbot. (Diese Reden wurden erst viele Jahre später, als der Machtkampf bereits entschieden war, publiziert.) Für die KPČ und für Kl. Gottwald galt das Prinzip der »*Kollektivschuld*« ohne Vorbehalt.

Und es waren vor allem die Kommunisten, die nicht nur die Forderung nach völligem Abschub, sondern auch nach der Vernichtung von allem, was an die Deutschen als Volk erinnern konnte, erhoben haben. Der überexponierte, künstlich hervor-

gerufene Haß gegen alles Deutsche – und das von den höchsten Stellen – ist nicht nur ins Groteske abgeglitten (das Schreiben von »Deutscher« und »Deutschland« mit kleinem Anfangsbuchstaben), sondern hat zu einer totalen Kampagne gegen die deutsche Kultur schlechthin geführt. Es war der kommunistische Kultusminister, Universitätsprofessor Zdeněk Nejedlý, der mit sofortiger Gültigkeit alle deutschen Schulen – von den Volksschulen bis zu den Hochschulen – in der Tschechoslowakei aufgelöst hat, ohne sich darum zu kümmern, wo diese Kinder die ganzen Jahre bis zur Beendigung der Aussiedlung (bis 1947) Unterricht erhalten würden. Aus seinem Ministerium fiel der Schatten des Hasses auch auf Goethe und Schiller, Kant und Hegel, und obwohl er von seiner Ausbildung her ein Musikwissenschaftler war, haben »meine Prager« auf einmal die Aufführung von Werken »ihres« Mozarts verboten, weil sie in ihm einen Deutschen sahen, und noch ein Jahr nach der Befreiung hat das kommunistische Ministerium unter der Leitung des Musikwissenschaftlers Nejedlý die Aufführung seiner Musik wie auch der von Beethoven, verboten.

Die Kapitel der Beziehungen zu den tschechoslowakischen Deutschen, ihren eigenen ehemaligen Parteigenossen, zur Zeit der Aussiedlung, gehören zu den niederträchtigsten in der ganzen Geschichte der KPČ. Die KPČ hat sich ganz dem nationalen Chauvinismus untergeordnet und hat auf jeden Internationalismus und Humanismus gänzlich verzichtet. (Deswegen umgehen die kommunistischen Historiker diese Tatsachen auch immer so geschickt). Der zahlenmäßig größte Teil der Vertriebenen – Proletarierschichten – hat vergeblich auf den Schutz durch seine Partei gewartet, zu deren Grundsätzen ja der Schutz der Unterdrückten gehören sollte. Im Gegenteil, diese Partei wurde zu ihrem größten Unterdrücker.

VI

Aber die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen wurde in der ganzen tschechoslowakischen Gesellschaft im allgemeinen als unvermeidlich und gerecht anerkannt. Es gab dagegen keine öffentlichen Proteste, kein bedeutender Intellektueller oder Politiker ist gegen das Prinzip der Aussiedlung auf der Grundlage der »Kollektivschuld« aller tschechoslowakischen Deutschen

aufgetreten. (Es ist anzunehmen, daß ein weiteres ausführliches Studium eine differenziertere Einstellung zu dieser Frage zeigen würde; die veröffentlichten Dokumente bieten jedoch vorerst keine Grundlagen hierfür.)

Obwohl in der Zeit der Prozesse gegen kirchliche Würdenträger und Orden in den Jahren 1950–1951 der römisch-katholischen Hierarchie vorgeworfen worden ist, daß sie die Aussiedlungspolitik verurteilt, die tschechoslowakischen Deutschen geschützt und die Pfarrhäuser für sie »reserviert« hätte, war dies nur ein weiterer Vorwand zur Diskreditierung der Kirche. Gleichzeitig mit der Aussiedlung haben auch die Angriffe gegen die Kirche begonnen, so daß sie sich in einer schwierigen Lage befand: Der Besitz der deutschen Kirchen und Orden wurde zum Gegenstand von Angriffen des kommunistischen Landwirtschaftsministers J. Duriš und wurde dann auch konfisziert, obwohl nur kurze Zeit zuvor die faschistische Macht den deutschen kirchlichen Besitz und die Orden in völlig identischer Weise behandelt hatte (Auflösung der Orden, Inhaftierung und Internierung ihrer Leiter). Dadurch ist die römisch-katholische Kirche von Anfang an in eine defensive Position geraten und vermochte nur den kirchlichen Besitz an sich mit der Behauptung zu verteidigen, es handle sich nicht um deutschen, sondern um kirchlichen Besitz, der vorübergehend von Deutschen verwaltet worden war. Deshalb sollten durch die Aussiedlung der Deutschen die Eigentumsverhältnisse der Kirche unverändert bleiben. So ist letztere in ihren Bemühungen, den kirchlichen Besitz als Ganzes zu retten, in einen Teufelskreis geraten, der sich als unüberwindlich erweisen sollte.

Erzbischof Dr. J. Beran, der die Erfahrungen eines Nazi-KZ hinter sich hatte, hat die *slawischen* Prinzipien der Kirche betont. Die tschechoslowakische Regierung betrachtete ihn anfänglich als ihren Mann und hat bei der Beilegung der schlechten Beziehungen des Staates zum Vatikan große Hoffnungen auf ihn gesetzt, weil sie von Berans Slawentum und seiner Toleranz beeindruckt war. So hat Beran den Sinn der grundsätzlichen Frage der Aussiedlung in ihrem Anfangsstadium verkannt, was sich auch in seiner Beziehung zum deutschen Leitmeritzer Weihbischof Werner ausgewirkt hat: Dieser wurde zur Abdankung gezwungen, und Beran selbst übernahm seine Diözese in sein eigenes Ordinariat. Erzbischof Beran war kein Kardi-

nal Mindszenty, der die Aussiedlung von Deutschen aus Ungarn scharf und öffentlich verurteilt und dessen Verdienst es war, daß die gewaltsame Aussiedlung von südslowakischen Ungarn zur Arbeit in die tschechischen Länder, als es dort schon an Arbeitskräften mangelte, aufgehört hat.

Zu kritischen Äußerungen der römisch-katholischen Kirche zur Frage der Aussiedlungen ist es erst später gekommen, als die Regierung auch ihr gegenüber gewaltsamere Methoden zur Lösung von Streitigkeiten anzuwenden anfang (Besitzkonfiszierung, Verstaatlichung von Schulen u. a.). Die Kirche hat sich als erste unter allen Schichten in der ČSR davon überzeugt, was ein Zurückweichen vor der Gewalt in Fragen der elementarsten Menschenrechte bedeutet und was für Folgen es haben kann; sie hat sich erst dann davon überzeugt, als sie es am eigenen Leib verspüren mußte.

Außer einigen Hinweisen von Wirtschaftlern auf die unvorhersehbaren ökonomischen Verluste, die sich für die ČSR aus der Aussiedlung ergeben werden, war der einzige helle Punkt im düsteren Gesamtbild der damaligen tschechischen Geschichte der Redaktionskreis der Wochenzeitschrift »Obzory«, herausgegeben vom Exekutivausschuß der Tschechischen Volkspartei. Am Ende des Sommers 1945 und im Herbst 1945 hat die »Obzory« angefangen, vor allem in Leserbriefen die Brutalität des »wildem« Abschubes, den »Gestapismus«, der gegen die Deutschen in den Sammellagern, aber auch in der ČSR im allgemeinen angewandt wurde, völlig offen und systematisch zu enthüllen. Obwohl auch hier keine offene Kritik am Prinzip der Aussiedlungspolitik selbst geübt wurde, ist der Redaktionskreis der »Obzory« und seiner Mitarbeiter als einziger offensichtlich objektiv gegen die Aussiedlung und ihre praktischen Folgen aufgetreten. Schließlich sind dieser Initiative auch Taten einiger Politiker in der Tschechischen Volkspartei gefolgt (in den Kreisen um den Gesundheitsminister Procházka), die gegen die brutal durchgeführte Aussiedlungspolitik eingegriffen haben (der Ausschuß zur Untersuchung der Sammellager).

Diese einzige klare Stimme gegen die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen wurde allerdings exemplarisch zum Schweigen gebracht: Kommunisten und die mit ihnen politisch verbündeten Sozialdemokraten (insbesondere der Flügel um Fierlinger), geführt vom Informationsminister Václav Kopecký, stürzten sich mit unvorstellbarem

Fanatismus auf die Gegner der Aussiedlungsmethoden, in dem Bemühen, die Zeitschrift »Obzory« zu liquidieren; schließlich sah sich die »Obzory« dazu gezwungen, im Interesse ihrer bloßen Existenz die Diskussion über das Problem der Aussiedlung zurückzustellen und später nur marginal auf die fortdauernden Gewalttaten hinzuweisen (auch in den Jahren 1946–1947) mit der Bemerkung, dieses Problem schon vor längerer Zeit behandelt zu haben.

An die abrupt beendetete Kritik der »Obzory« knüpfte die Zeitschrift »Dnesek« von V. Peroutka an, die besonders in den Reportagen von Mareš die wirtschaftlichen und moralisch bedrohlichen Folgen der Aussiedlungen enthüllt hat.

Zur Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen hatten nicht alle Schichten die gleiche Einstellung, und sie konnten auch nicht das gleiche Maß an Verantwortung tragen. Die kommunistische Interpretation versucht, die Aussiedlung als einen untrennbaren Bestandteil des Denkens und Handelns des ganzen Volkes und daher auch der gesamtationalen Verantwortung darzustellen. Aber das Prinzip der »Kollektivschuld« der Tschechoslowaken an der »Ausliquidierung« einer Dreimillionenminderheit aus der ČSR zu verfolgen, wäre genauso unsinnig, wie dieses Prinzip für das Handeln der tschechoslowakischen Deutschen geltend zu machen. Vor der weiteren Forschung steht eine Reihe von Problemen, wie z. B., wem und wie die Aussiedlung genutzt hat und wer und wie an ihr beteiligt gewesen ist.

VII

Bedeutete die Aussiedlung eine Katastrophe für drei Millionen tschechoslowakische Deutsche zur Zeit ihrer gewaltsamen Aussiedlung und in den ersten Jahren in ihrer neuen Heimat, bis sie sich dort richtig eingelebt haben, so bleibt sie für die tschechoslowakische Gesellschaft in ihrer Nachkriegsentwicklung und für die Zukunft der Tschechoslowakei auf weite Sicht hin katastrophal.

Wir sehen es in folgendem:

1. Die Tschechoslowakei als ein kleiner mitteleuropäischer Staat, umgeben von zwei Großmächten – Rußland und Deutschland – hat in der Vergangenheit ihre Stabilität auf eine ausgeglichene Beziehung zu beiden Großmächten gegründet, ausgehend von einem logischen Begreifen ihrer

geographischen und historischen Wirklichkeit. Es ist eine Existenzfrage für kleine Staaten, einen Modus vivendi mit ihren stärkeren Nachbarn zu finden, insbesondere, wenn sie von ihnen eingeschlossen werden. Für die ČSR war es um so wichtiger, weil sie in dem Augenblick als ein selbständiger Staat entstanden war, als die beiden Nachbargroßmächte vorübergehend aus ihrer außenpolitischen Weltmachtrolle ausgeschaltet und mit der Lösung eigener innerer Probleme voll beschäftigt waren: in Rußland waren es die Revolution und der Bürgerkrieg, in Deutschland die Beseitigung der Folgen der Niederlage. Deswegen hatten sie kaum die Möglichkeit, in den mitteleuropäischen Raum einzugreifen, wo deshalb ein Machtvakuum entstehen konnte. Garanten der Tschechoslowakei sind deswegen nicht benachbarte, sondern sehr entfernte Großmächte geworden (was, wie die Geschichte gezeigt hat, ein »historisches« Glück für die ČSR war). Sobald jedoch die benachbarten Großmächte wieder zum Leben erwacht waren, begannen sie über den mitteleuropäischen Raum erneut zu verfügen: Im Jahre 1939 waren es die Deutschen, ab 1944–1945 die Russen, was gleichzeitig das Ende der tschechoslowakischen Unabhängigkeit, Selbständigkeit und ihrer gewissen Souveränität bedeutete. Es entstand eine neue »Selbständigkeit« im Rahmen des Schutzes einer der beiden Großmächte. Diese triviale Tatsache – volkstümlich ausgedrückt: »9. Mai ist ein Wechsel von Okkupanten« – scheinen wir aus unserem Blickfeld verloren zu haben. (In diesem Zusammenhang ist die Behauptung zweifelhaft, die Entwicklung der tschechoslowakischen Volksdemokratie sei von der Fähigkeit oder Unfähigkeit der innenpolitischen Kräfte abhängig gewesen; der neue Schutzherr der ČSR hätte früher oder später, auf einem friedlichen Wege oder mit Waffengewalt, seine, d. h. die von Gottwalds Politik vertretene Alternative erzwungen, und keine politische Schlaueit der bürgerlichen Parteien hätte es verhindern können. Die Ereignisse im Februar 1948 waren die logische Folge vom 9. Mai 1945, genauso logisch wie die Lösung der Frage der tschechoslowakischen Reformbewegung von 1968). Um den mitteleuropäischen Raum, den die Tschechen und Slowaken bewohnen, wird so lange gekämpft werden, wie die beiden Großmächte existieren, gleichgültig, ob sie siegreich oder besiegt, stark oder geschwächt sind.

Und wenn also die Tschechen und Slowaken weiterhin okkupiert bleiben wollen, so werden sie passiv von der einen auf die andere Seite geschoben; falls sie jedoch nicht nur okkupiert sein wollten und doch eine gewisse Alternative von Freiheit und Selbständigkeit im Rahmen der Nachbarschaft der beiden Großmächte wählen sollten, so dürfen sie in ihrer Geschichte, in ihrem Leben und ihrer Handlungsweise keine Präzedenzen schaffen, die ihnen von einer der Großmächte später als eine unbezahlbare Rechnung vorgelegt werden können. Im Sinne des Gleichgewichtes müssen sie ein reines Gewissen gegenüber beiden Nachbarländern bewahren und *beide Alternativen* der Zusammenarbeit mit beiden Großmächten in Bereitschaft haben, sich dabei nach ihrem Aufschwung oder Rückgang richtend. *Durch die Aussiedlungen wurde jedoch die Möglichkeit zu beiden Alternativen zugunsten einer, historisch vorgezogenen Alternative vernichtet.* Besonders für die Tschechen wurde die deutsche Alternative zu einer Zusammenarbeit, zum Zusammenleben, zu einem garantierten Verhältnis, durch die Aussiedlungen vernichtet, und ihre Tragkraft, potentielle Kraft und Variabilität hat die östliche, russische Variante übernommen.

2. Die Art der Verwirklichung der Aussiedlung mit ihrer ganzen Brutalität hatte für die Entwicklung der ČSSR nach dem Krieg eine fatale Bedeutung, die bisher allgemein bagatellisiert wird. Während der Aussiedlungen ist es zu einer bisher nie dagewesenen Zerstörung von Werten, wertbildenden Systemen und zivilisatorischen Bindungen gekommen. Dieser Wertverlust war eine Folge der Nichtrespektierung und Mißachtung der Rechte der menschlichen Persönlichkeit, deren Würde und Mündigkeit, im Verständnis von Menschen *als Menschen*. Den tschechoslowakischen Deutschen gegenüber durfte sich nach dem Mai 1945 jeder erlauben, was er wollte; niemand hat es verhindert, ein solches Verhalten wurde sogar von der Staatsmacht gebilligt und unterstützt. Und wenn dadurch die tschechoslowakische Bevölkerung gelernt hat, auf diese Art und Weise Fremde zu behandeln, wo war dann eine Garantie, daß sich die verübten Gewalttaten nicht auch gegen sie selbst richten würden? Einige Jahre später hat die Geschichte eine mehr als anschauliche Antwort auf diese Frage gegeben: Das Volk, das sich brutal gegenüber einem andern Volk verhalten hat, wird

durch das Gift dieses Verbrechens selbst vergiftet, und sein weiteres Handeln ist das eines Kranken und nicht eines starken, souveränen und würdigen Volkes. Die Gewalttätigkeit, die gegen ein anderes Volk angewendet wird – zur Siegesstunde und in Friedenszeiten –, wendet sich in ihrer letzten Folge gegen das Gewalt ausübende Volk selbst.

Es war allerdings auch ein Verrat an humanitären und nationalen Idealen, ein Verrat der Prinzipien, die diesem Volk in seiner Existenz geholfen hatten. Das Volk schien den Sinn seiner Berufung vergessen zu haben:

»Was hat uns trotz aller Widerwärtigkeit über dem Wasser gehalten? Was sonst als die Treue zu den Idealen, den erhabenen Idealen der menschlichen und nationalen Freiheit, der Wahrheit, Gerechtigkeit für alle, des Glaubens, der Menschlichkeit? ... im Laufe unserer Geschichte sind wir fast immer auf der Seite des Rechtes gegen die Willkür, der Freiheit gegen den Totalitarismus, der großen Ideale gegen kurzatmige Lösungen gestanden – wir sind meistens denen gefolgt, die die Befreiung des Menschen aus den Fesseln der moralischen und materiellen Armut angestrebt hatten ... Unsere Stellung in der Welt als ein mündiges, freies und kulturelles Volk verdanken wir dieser Treue und nichts anderem ... Entweder bleiben wir als Volk und als Staat diesen Idealen treu und behaupten dadurch unser Recht auf ein freies Leben, oder wir werden diesen Idealen untreu und verlieren unseren Anspruch darauf, ein kulturelles Volk genannt zu werden und somit auch unseren selbständigen Staat ... die Staaten werden von den Idealen getragen, aus denen sie entstanden sind. Unser Staat wurde auf den Prinzipien der humanitären Demokratie aufgebaut, und als solcher hat er sich seine Stellung in der Welt erobert und nur als solcher hat er Anspruch auf ein eigenberechtigtes Leben in der Familie der freien Völker. Wenn wir den Idealen der Humanität, Freiheit und Demokratie untreu werden sollten, ... dann ... haben wir unserer nationalen Tradition und dem Vermächtnis unserer Geschichte ein Ende gemacht und beginnen eine völlig neue Ära auf völlig anderen Wegen, die zu vollkommen anderen Zielen führen als zu denen, welche wir bislang in unseren nationalen und staatlichen Bemühungen zu erreichen suchten.« Diese Mahnung der »Obzory« vom Mai 1946 war keine Warnung mehr, es war eher ein Epilog einer ganzen historischen Epoche des Volkes und eine

wahrhaft prophetische Vision des *neuen Zeitabschnittes*.

Während der »Endlösung der deutschen Frage« in der Tschechoslowakei, d. h. während der Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen, hat sich in diesem Lande eine bis dahin nie dagewesene Gewalttätigkeit eingenistet, die sich die Tschechen und Slowaken in großem Maß angeeignet und die sie exekutiert haben. Sie hat solche Ausmaße angenommen, daß darauf öffentlich hingewiesen worden ist: *»... im Zentrum von Prag befindet sich ein Haus, in dem die Sicherheitsorgane der Republik politisch verdächtige Personen verhören. Es ist mit Sicherheit erwiesen worden, daß viele von den Verhörten dort auf eine Weise, die mit Gestapomethoden vergleichbar ist, gefoltert werden ... wir erklären klar und offen, daß die Republik von Masaryk und Beneš sich bald zu deren Namen nicht mehr bekennen dürfen wird, wenn sie eine Verbreitung des Gestapismus im Lande sogar mit offizieller Zustimmung weiter erlaubt!«* (»Obzory«, 1946). So lebten die faschistischen Methoden in ihrer ursprünglichen Form, allerdings von Menschen anderer Nationalität verwirklicht, fort. Die Folgen für die Gesellschaft waren grauenhaft. Das, was die Untersuchungsbehörden und die »Revolutionären Gardien« in den deutschen Sammelagern nach dem Krieg gelernt hatten, schienen sie nach dem Jahre 1948 bereits gefestigt und vollendet in den Folterkammern von Jáchymov, Ruzyně oder Ilava vorzufinden. Aus der Praxis einer permanenten Gewalt hat sich die kommunistische Macht gefestigt. Die Leute hatten die Empfindungen der ersten Okkupation noch in frischer Erinnerung, und fangen daher ganz logisch an, den neuen Herren zu fürchten, der getrampelt und geschrien, gebrandmarkt und geschlagen hat! Und aus einem völlig menschlichen Gesichtspunkt, nämlich aus Zivilisationsopportunismus, dieser Frucht der Totalität, gaben sie ihm ihre Stimmen, um Ruhe zu haben, und führten seinen Sieg herbei.

3. Die gewaltsame Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen brachte der tschechoslowakischen Gesellschaft nicht nur die Zerstörung der Beziehung zu menschlichen, nationalen und staatlichen Werten, sondern es hat sich hier auch eine Devastation der Beziehung zu jeglichen *materiellen Werten* herangebildet. Der ganze Besitz der Deutschen wurde durch ein einziges Dekret des

Präsidenten der ČSR beschlagnahmt. Der von Generationen von Familien gewonnene Besitz wurde durch ein Papier, durch eine Unterschrift weggenommen. In einem Staat von 15 Millionen Einwohnern wurde auf einen Schlag die bewegliche und unbewegliche Habe einem ganzen Fünftel der Bevölkerung abgenommen. Sie ist – von einem kleinen Anteil an Antifaschisten abgesehen – zu einem Ränzchen von 30 kg zusammengeschrumpft. Der tschechoslowakische Staat ist dadurch in die Rolle eines Räubers geraten, der den Besitz von Arm und Reich mit einem Schlag nur deswegen weggenommen hat, weil man sich des Verbrechens, einer Nationalität anzugehören, schuldig gemacht hat. Und dann verteilte der Staat diesen Besitz großzügig. So wurde den kleinen und großen Dieben eine solche kolossale Gelegenheit zum Stehlen gegeben, wie sie die Geschichte vorher nicht gekannt hat.

Ganze Güterzüge mit Möbeln, Glas, Porzellan, Fahrrädern, Bildern, Antiquitäten, Stoffen, landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, Fabrikeinrichtungen und allem, was transportierbar war, strömten nicht nur ins tschechische Inland, sondern in die ganze Republik, auch in die Ostslowakei. Dorthin fuhren auch Züge mit Dach- und Bauziegeln, Bauholz, Fenstern und Türen aus den systematisch zerlegten deutschen Dörfern, die von der »strafenden« tschechischen Artillerie zu Übungszwecken vorher noch nicht völlig zerstört werden konnten. Und das, was übriggeblieben ist, wurde durch den Fond der Nationalen Erneuerung (welch ein hochtrabender Titel!) im Rahmen der Dezentralisation absichtlich zerschlagen: So sind Tausende von Glasschleifereien, Mühlenwerken, Sägewerken, keramischen und andere Werkstätten, von Kleinbetrieben und Fabriken zugrundegegangen.

All dies war für die menschliche Schwäche allzu ansteckend. Wer in die Grenzgebiete gekommen ist und diese absichtliche Devastation gesehen hat, den hat zweifelsohne die Lust zur Vernichtung, zum Rauben und Stehlen überfallen. Die »Goldgräberei« hat ein solches Ausmaß erreicht, daß sie zur Zielscheibe der Kritik sogar seitens der Kommunisten geworden ist. Man hat sich keine Gedanken darüber gemacht, daß im Präsidentendekret der ganze deutsche Besitz für tschechischen nationalen Besitz erklärt worden ist. Es ist schon immer der »deutsche Besitz« gewesen, und im Grenzge-

biet war alles erlaubt: So wie man Deutsche als Menschen behandelt hat, behandelte man auch ihren Besitz, ihre Tiere, die Symbole ihrer Traditionen usw.

4. Die Folge der Aussiedlungen war die Vernichtung enormer materieller Werte im Gebiet des tschechoslowakischen Staates. Ganze Exportzweige der Leichtindustrie, die im industriellen nordböhmischen Grenzgebiet konzentriert waren (Glas, Porzellan, Keramik, Bijouterie, Textil u. a.), wurden vernichtet. Tausende Hektar landwirtschaftlichen Bodens sind verwildert; sie sind entweder von der Armee besetzt worden, oder man hat sich nicht um sie gekümmert.

Die ökonomischen Verluste, die durch die Aussiedlungen verursacht worden sind, wurden in den wirtschaftlichen Berechnungen einkalkuliert: Die Ökonomen sahen voraus, daß es zu einem Mangel an Arbeitskräften (bis jetzt wird er nur mit Not von Polen und Slowaken gedeckt) in der Export- und Forstindustrie und in der Landwirtschaft kommen würde. Sie haben ausgerechnet, was für enorme Verluste es für die gesamte tschechoslowakische Wirtschaft bedeuten wird. Aber auch die mutigsten Wirtschaftler haben sich nicht getraut, den ökonomischen Stimulans dem politischen vorzuziehen. Alle wirtschaftlichen Begutachtungen fielen schließlich einstimmig aus: Wir lösen eine historische Aufgabe, eine epochale Angelegenheit des Volkes und der kommenden Generationen, und diese Tatsache darf von keinen anderen Gesichtspunkten überdeckt werden!

So sind Hunderte Dörfer und Städtchen von der Erdoberfläche verschwunden, die Felder wurden von Unkraut und Holzbestand überwachsen und die Wiesen sind versauert. Über vielen auseinanderfallenden Fabriken ragen tote Schornsteine. Die Grenzgebiete sind wirtschaftlich verödet, trotz aller Bemühungen der Regierung, sie wieder zu beleben. Ein Besucher der Tschechoslowakei, der an der bayerischen oder österreichischen Grenze eine zivilisierte Landschaft verläßt, kommt in eine andere Zivilisationszone, vergleichbar mit den zurückgebliebenen Teilen Asiens. Das Land, das von Generationen tschechoslowakischer Deutscher im Laufe der Jahrhunderte kultiviert worden war, wurde lieblos für Jahrzehnte hoffnungsloser Devastation ausgesetzt. Was hat das Volk vom Besitz der drei Millionen Deutschen profitiert? Diese Frage kann kaum positiv beantwortet werden. Es

hat dadurch nicht nur moralischen, sondern auch materiellen Verlust erlitten.

VIII

Die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen bedeutete die Verletzung eines elementaren Menschenrechtes: des Rechtes auf ein Heim, des Rechtes auf Heimat. Sofern wir uns heutzutage vehement zu den Menschenrechten bekennen und für ihre Einhaltung kämpfen, müssen wir das Recht auf ein Heim und auf die Heimat für ein erstrangiges Postulat nicht nur im gegenwärtigen, sondern auch im historischen Sinne anerkennen. Dadurch werden wir nicht zu Verteidigern der nazistischen und faschistischen Mörder, die den Namen des großen deutschen Volkes vor der Geschichte ge-

schmäht haben. Sie sind bestraft worden, und die Geschichte wird noch über sie richten. Gleichzeitig dürfen wir aber nicht die Tatsache außer acht lassen, daß es in unserem Land, in unserer unmittelbaren Vergangenheit zu einem Verbrechen gekommen ist, das sich an uns in verschiedenen Formen bis heute rächt und unsere Zukunft und den Frieden unserer Nachkommen trübt.

Die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen ist nicht nur eine deutsche, sondern auch unsere eigene Tragödie, mit der und deren Folgen wir uns vor allem unter uns und für uns auseinandersetzen müssen. Was deutsch ist – im guten und schlechten Sinne – überlassen wir den Deutschen. Unsere Schuld müssen wir in voller Verantwortung selbst lösen, falls wir keine Wiederholung einer solchen Tragödie erleben wollen.

Glossen zu den Danubius-Thesen über die Aussiedlung der Deutschen

Milan Hübl, Prag

Unter dem Pseudonym Danubius wurden Thesen über die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen (Svědectví, Nr. 57/1978) aufgestellt, in denen der Verfasser als slowakischer Historiker zwar das tschechische Volk für den Transfer der Sudetendeutschen moralisch verurteilt, das Schicksal der sogenannten Karpatendeutschen in der Slowakei aber mit Schweigen übergeht. Gedanklich knüpft er hiermit an einen für die Redaktion von Svědectví bestimmten Brief an, in dem das gleiche Pseudonym die Tschechen noch schärfer angegriffen hatte, um mit der Schlußfolgerung zu enden: Was ihr Tschechen euch durch diese Aussiedlung aufgeladen habt, damit haben wir Slowaken nichts zu tun, falls euch die deutsche Rache ereilen sollte. Es war wohl ein Fehler, diese simple Betrachtung der deutsch-tschechischen Beziehungen unbeantwortet zu lassen, denn nun ist sie sogar zu Thesen ausgewachsen.

Die Geschichte der tschechisch-deutschen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert bildet ein zu ernstes, umfangreiches und kompliziertes Thema, als daß man es in verhältnismäßig knappen Thesen

bzw. Antithesen erfassen und beurteilen könnte. Historiker pflegen jahrelang an solchen Themen zu arbeiten, bevor sie es wagen, ihre Ergebnisse nicht nur einem Fach-, sondern auch einem breiteren Publikum vorzulegen. Um so mehr, als es hier um Thesen geht, die an die fachliche Genauigkeit höchste Anforderungen stellen und aufgrund ihrer Explosivität höchste Ansprüche an das politische Feingefühl bedürfen. Da der Danubius-Text nicht den Charakter einer wissenschaftlichen Arbeit, sondern den eines politischen Pamphletes aufweist, habe ich mich entschlossen, zu seinen Thesen Glossen zu schreiben, um anschaulich vorzuführen, wie wenig sein selektiver Zugang zu den Fakten und der Apriorismus seiner Urteile wissenschaftlicher Methodologie entsprechen.

Glosse zur Person

Danubius beruft sich in seinem Text auf mein Auftreten in der Brünner Diskussion von 1968 (er hat offensichtlich den sogenannten Trialog in der Literaturzeitschrift »Host do domu«, Nr. 5, im Auge).

Ich war von der Redaktion zu dieser Diskussion offenbar deshalb eingeladen worden, weil ich mich als einer von ganz wenigen tschechischen Historikern der Neuesten Geschichte auch den Beziehungen zu den übrigen Völkern und Nationalitäten innerhalb der Republik, vor allem zu den Slowaken und den Deutschen widmete. In meiner Dissertation von 1958 hatte ich mich in zwei Unterkapiteln mit Ursachen und Folgen der Aussiedlung der Deutschen befaßt und war zu dem Schluß gekommen, daß diese Maßnahme zwar hart, aber notwendig war. In dem Trialog von »Host do domu« hatte der Schriftsteller Jan Procházka das Thema der Aussiedlung zur Sprache gebracht, und zwar rein aus moralischer Sicht. Als Historiker widersprach ich ihm in vielem unter Hinweis auf historische Zusammenhänge und Gegebenheiten. Die Diskussion dauerte vier Stunden, die in »Host do domu«, Nr. 5, 1968 wiedergegebene Zusammenfassung enthält nur ihr grobes Gerüst. In dem veröffentlichten Text ist meine Äußerung zu finden, daß »die Aussiedlung psychologisch erklärbar war«, oder daß »diese Lösung nicht die optimale darstellte«, freilich fehlt dort der Schluß, wo ich die Frage beantwortete, ob in der gegebenen historischen Situation nach einer sechsjährigen, ganz spezifisch verlaufenen Okkupation eine andere, bessere Lösung hätte gefunden werden können – meiner Meinung nach war das keinesfalls möglich. Als Historiker hielt ich es weder 1968, noch halte ich es heute von fachlichen Gesichtspunkten aus für gerechtfertigt, die Geschichte zu schulmeistern, d.h. ihren Hauptakteuren im nachhinein Ratschläge zu erteilen, was sie hätten tun oder lassen sollen – schon im Hinblick darauf, daß historisches Geschehen nicht rückgängig gemacht werden kann und eine Rückgängigmachung der Aussiedlung weder im tschechischen noch im polnischen Interesse liegt. Freilich stimmte ich mit Procházka in der Kritik an den hauptsächlich in den ersten Monaten erfolgten Exzessen überein, wobei es zu wilden Vertreibungsakten gekommen war, aber auch hier habe ich einige seiner Behauptungen auf ein richtiges Maß reduziert. Es ging vor allem um die wilde Vertreibung aus Brünn vom Ende Mai 1945, wo ich ihn darauf aufmerksam machte, daß die Zeitung »Slovo národa« (die damalige Brüner Mutation von »Svobodné slovo«) es war, welche die Demonstration vor dem Brüner neuen Rathaus inspiriert hatte, bei der die Demonstranten unter

Androhung eines Generalstreiks die sofortige Massenausiedlung der Deutschen aus Brünn verlangten – und unter diesem Druck der Öffentlichkeit erteilten die Regierungsorgane ihre Zustimmung zur Aussiedlung von 30 000 Personen nach Österreich. (Protokoll der 25. Regierungssitzung vom 1. 6. 1945). Als die Regierung im Herbst, d.h. nach dem Potsdamer Abkommen, erneut ihr Vorgehen in der Aussiedlungsfrage behandelte, warf Gottwald der (tschechischen, bürgerlichen – die Red.) National-Sozialistischen Partei und insbesondere ihren Presseorganen das Anfachen nationaler Leidenschaften vor. Hierauf antwortete der Minister Ripka, er stimme dem Vorwurf zu, daß einige in der Presse seiner Partei erschienene Artikel chauvinistischen Charakter aufwiesen. (Protokoll der 77. Regierungssitzung vom 12. 10. 1945). Das ist sogar in der fragmentarischen Zusammenfassung des Trialoges nachzulesen. Danubius beruft sich zwecks Unterstützung seiner überaus vereinfachten Thesen also zu Unrecht auf mich: letztere lassen die historischen Umstände und die Zusammenhänge, unter denen der Transfer-Gedanke entstanden ist und verwirklicht wurde, unberücksichtigt. Das erstaunt mich um so mehr, als ihm nicht verborgen bleiben konnte, welche scharf ablehnende Haltung ich gegenüber Erwägungen einnahm, diese Thesen als offizielles Dokument der Charta 77 herauszugeben.

Methodologische Glosse

Der Historiker ist in seinem Beruf dazu verpflichtet, zwei grundsätzliche Fragen zu stellen: »Wie es eigentlich gewesen« und »warum es eigentlich gewesen« ist. Ist er nicht imstande, den Ansprüchen der ersten Frage, wie es eigentlich gewesen sei, Genüge zu leisten, so wird auch seine Antwort auf die zweite Frage, warum es eigentlich gewesen sei, notwendigerweise defektiv sein. Danubius' Antwort ist in beiden Fällen fehlerhaft. Als er an die Bearbeitung dieses Themas herantrat, verfügte er nicht über ausreichende quellenkundliche Kenntnisse, da er sich vorher auf einem anderen Gebiet betätigt hatte, woraus seine sehr lückenhafte Kenntnis unserer und der deutschen Literatur resultiert. Des weiteren fehlt ihm das Korrektiv einer Autopsie der Zeitgenossen, welches ihn vor einigen extrem simplifizierten Urteilen bewahrt hätte. Manchmal wird der Einwand erhoben, daß Publizisten, die

nicht durch fachspezifische Schranken gehemmt sind, zu unkonventionellen Gedankengängen und Schlußfolgerungen provozieren könnten. Provokationen können sie ganz bestimmt, aber ich bezweifle, ob zu einem tieferen Durchdenken eines Problems. Eher verleiten sie zu vereinfachten und mythologisierenden Darstellungen. Ein solcher Zugang zum Thema verdunkelt eher die Probleme, statt zu rationalen Überlegungen zu verhelfen. Unklarheit der Reflexion führt dann auch zu kopflosem Handeln. Es ist dies eine Tendenz, welche auch in der Zeit des Prager Frühlings zum Ausdruck gekommen war, dessen Spätling Danubius in gewisser Weise darstellt. Es ist bezeichnend, daß diese Tendenz ausgerechnet von denjenigen Kreisen Westeuropas mit Kritik bedacht wurde, auf deren Autoritäten sie sich am meisten beruft. Die SPD-Wochenschrift »Vorwärts« bezeichnet – ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Konventionen – ihre Vertreter in vollem Wortlaut als politische Schwarmgeister und Seiltänzer, welche kopflos handelten, die Interessen ihres Landes nicht berücksichtigten und dem militärischen Eingriff Vorschub leisteten. Der gleiche »Vorwärts«-Artikel unterzieht auch die sporadischen Stimmen derjenigen der Kritik, die sich 1968 auf Neutralität beriefen, indem er das als politische Utopie bezeichnet. In einem ähnlichen Sinn äußerte sich zum 10. Jahrestag des August 1968 auch der Vorsitzende der SPD und der II. Internationale, Willy Brandt, welcher der heutigen Bewegung zur Verteidigung der Menschenrechte vorwirft, in ihren Reihen gäbe es eine Tendenz, die die Realität, die Kräfteverhältnisse und die weltpolitische Gesamtkonstellation außer acht ließe. Ich könnte mir vorstellen, was er zu den Danubius-Thesen sagen würde, welche seine sogenannte Ostpolitik in Frage stellen und so tun, als sei die Frage der Ungültigkeit des Münchner Abkommens nicht durch einen auf Regierungsebene abgeschlossenen Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und Westdeutschland gelöst – und das nicht nur in der Frage der Unveränderlichkeit der Grenzen, sondern auch in der Frage der Staatsbürgerschaft der ehemaligen tschechoslowakischen Deutschen.

Historische Glosse

Danubius behauptet, die Entwicklung der letzten Jahre der Republik (1933–38) sei nur eine mo-

mentane historische Anomalie gewesen, welche mit dem Sinn der historischen Kontinuität der tschechoslowakischen Deutschen in keinem Zusammenhang stehe, und daß nur Hofgeschichtsschreiber die entgegengesetzte These verfechten könnten: eine sehr apodiktische Behauptung, von keinem echten Beweis untermauert. Auch wenn wir uns statt auf die gesamten fünf bis sieben Jahrhunderte nur auf die Entwicklung der tschechisch-deutschen Beziehungen von 1848–49 konzentrierten, so könnten wir Danubius' idealisierende Betrachtungsweise nicht akzeptieren. Die Umwandlung Österreichs in einen föderativen Staat bildete im staatsrechtlichen Bereich die Maximalforderung der tschechischen Politik bis 1914. Und daß dieses Ziel innerhalb von 65 Jahren nicht erreicht wurde, das lag nicht allein am Konservatismus des alternden Herrschers, sondern gleichermaßen am Widerstand des überwiegenden Teils gerade der Deutschböhmen. Die heutige westdeutsche Historiographie geht in diesem Punkt viel analytischer vor, wenn sie die Ansicht vertritt, daß die böhmischen Deutschen mit ihrer großdeutschen und – noch mehr – alldutschen Haltung die Totengräber Österreichs und Vorgänger des Nazismus gewesen seien. (Karl J. Newman: Zerstörung und Selbsterstörung der Demokratie, Europa 1918–1938, 1965, S. 83). Insofern Danubius das Gegenteil behauptet, respektiert er nicht die Tatsache, daß die Deutsche Arbeiterpartei, später Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, im deutschen Teil Nordböhmens entstand, von wo aus sie nach Wien gelangte; dort machte u.a. Hitler Bekanntschaft mit ihrer Ideologie und politischen Praxis, ein Österreicher von Geburt, welcher sie nach Bayern, und erst von dort aus in das gesamte Reich brachte. Die Wiege des Nazismus stand nicht in Preußen, sondern in den Sudeten. Überspannt nationale und chauvinistische Ideologien entstehen in der Regel in Gebieten, wo Nachbarvölker einander begegnen und auch aneinandergeraten. Die böhmischen Alldutschen kämpften bereits in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts unter den Schlagwort »Rein deutsch, Allddeutsch, Unterteilt« und 1901 verkündeten sie die These: »Das deutsche Volk in Böhmen soll entscheiden, ob es slawisiert werden möchte oder seiner Berufung gemäß germanisieren will.« Dieser alldutschen Haltung entsprach auf der anderen Seite die Einstellung des tschechischen Dichters Viktor Dyk, der

1909 proklamierte, beide Völker seien durch ihre Lage gezwungen, für die Niederwerfung des anderen zu kämpfen. In Versform hat er das folgendermaßen ausgedrückt:

»Ich weiß es, so wie heute kann man nicht ewig existieren, ohne aus seinem Winkel aufzustehn; Ich weiß, unsere Sendung ist, Böhmen zu tschechisieren, oder unterzugehn.«

(Bedřich Loewenstein, Das Mittelalter des zwanzigsten Jahrhunderts, 1970, S. 142).

Hiermit möchte ich nicht behaupten, der alldeutsche Chauvinismus eines Georg von Schönerer oder K. H. Wolf sei die einzige Einstellung der Deutschen zur tschechischen Frage gewesen. Ebensovienig bin ich der Ansicht, daß der überspannte Nationalismus von Dyk und seinen Gefährten die Meinung der gesamten tschechischen Politik jener Zeit widerspiegelt. Ganz im Gegenteil, die tschechischen wie die deutschen Sozialdemokraten lehnten einen derart extremen Zugang zu der Frage der gegenseitigen Beziehungen ab; auch die Liberalen und Demokraten einschließlich T. G. Masaryks und E. Benesch verwarfen solche Lösungsvorstellungen. Daß sich schließlich doch die Vision Dyks erfüllte, kann ohne Berücksichtigung der Entwicklungsgeschichte der Republik während des Ersten Weltkrieges und der Jahre 1918–1919, der Jahre 1933–1938 oder 1939–45 nicht verstanden werden.

Glosse zur Loyalität

Danubius behauptet, die tschechoslowakischen Deutschen hätten – mit Ausnahme der ersten Monate der Republik – einen Weg zur Loyalität gesucht. Wiederum eine Simplifizierung. Die Entstehung der Republik im Jahre 1918 war von dem Versuch der böhmischen, mährischen und schlesischen Deutschen begleitet, sich vom neugegründeten tschechoslowakischen Staat sofort loszureißen. Abgeordnete aller deutschen Parteien in den Ländern der böhmischen Krone proklamierten bereits am 29./30. Oktober 1918 in Nord- und Westböhmen ein sog. Deutschböhmen, in Nordmähren und Mährisch-Schlesien ein Sudetenland, in Südböhmen ein Deutschsüdböhmen und in Südmähren ein Deutschsüdmähren. Einschließlich der Sozialdemokraten lehnten sie ab, Teil der neuen Republik

zu bleiben und wollten sich als eine der Provinzen »Deutschösterreichs« an Deutschland anschließen. Hierbei erhoben sie des weitern Ansprüche auf Brünn, Olmütz, ferner auf Iglau, die als Enklaven aus der tschechoslowakischen Republik (sogenannte Einschlußgebiete) hätten ausgegliedert werden sollen.

Das Gebiet des damaligen Mährisch-Ostrau sollte als Kondominium von Österreich, der Tschechoslowakei und Polen verwaltet werden. Wie lebensfähig der neuentstandene tschechoslowakische Staat in dieser Gestalt gewesen wäre, zeigt bereits ein flüchtiger Blick auf die Landkarte. Diese Haltung nahmen bis zum Abschluß der Friedensverträge alle in der Republik vertretenen deutschen Parteien ein, leider auch die Sozialdemokraten. Erst danach, im Jahr 1920, kam es zu einer Polarisierung in aktivistische, die Republik bejahende, und negativistische Parteien. Es ist richtig, daß sich die aktivistischen Parteien auf den Boden der existierenden Republik stellten und innerhalb ihres Rahmens um die Geltendmachung ihrer sozialen, demokratischen und nationalen Interessen bemüht waren. Ihre führende Kraft bildete die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei. Es existierte allerdings auch eine sehr militante, negativistische Strömung, die sich von den Alldeutschen herleitete und in der die sudetendeutschen Nazisten allmählich die Oberhand gewannen. Es ist unbestreitbar, daß es eine Reihe von sozialen, ökonomischen und politischen Problemen gab, welche die erste Republik in ihrer Beziehung zur deutschen Minderheit hätte lösen sollen, was sie aber in den ersten Jahren aufgrund des Desinteresses, ja geradezu Widerstandes der Deutschen selbst nicht vermochte. Der Zeitraum bis 1933 war für die vollständige Lösung dieses Problems zu kurz. Es ist durchaus bezeichnend, daß der Autor, welcher Österreich dafür entschuldigt, daß es die tschechische Frage in hundert Jahren nicht lösen konnte, von den Tschechen eine Lösung innerhalb einer Frist von zehn Jahren verlangt.

Nach 1933 ging es gar nicht mehr um eine Lösung der deutschen Frage im Sinne eines nationalen Minderheitenproblems der Tschechoslowakei, sondern hier erwuchs dem von den Nazis beherrschten Deutschland ein machtpolitisches Instrument zur Zerschlagung der Republik und zu ihrer Einverleibung durch das spätere »Großdeutsche Reich«.

Glosse zur Okkupation

Danubius übergeht in seinem Apriorismus zahlreiche Komplexe, die Okkupation und Krieg geschaffen haben. Aufgrund des Münchener Diktats von 1938 war die Demarkationslinie so festgelegt worden, daß nicht nur mehrheitlich von Deutschen bewohnte Gebiete von der Republik abgetrennt wurden, sondern auch überwiegend tschechische, wie das Gebiet der Choden, von Zábřeh, Břeclav und Opava – und zwar mit dem strategischen Ziel, das, was die Nazis »Resttschechei« nannten, möglichst aufzuspalten und zu zerstückeln, um es dann um so leichter ins Reich eingliedern zu können. Die Grenze verlief wenige Kilometer von Prag und Brünn entfernt, und die Vororte von Ostrau waren unmittelbar vereinnahmt worden. Schon ein kurzer Blick auf die Karte des sog. Protektorates Böhmen und Mähren zeigt, daß die Republik innerhalb der von München der Tschechoslowakei aufgezogenen Grenzen nicht lebensfähig war und binnen kurzer Zeit eine Beute des Okkupanten werden mußte. Vernimmt man heute die Forderung nach sicheren Grenzen für das eine oder andere Volk oder für den einen oder anderen Staat, so ist der Hinweis angebracht, daß München die Tschechoslowakei solcher Grenzen beraubte und das Problem aufwarf, was zur Sicherung der Grenzen der Republik zu tun sein.

Danubius schildert mit leichter Hand, fast idyllisch, die Folgen von München und der Okkupation so, als sei es höchstens um eine Vertreibung von »mehr als hunderttausend Tschechen« aus den Grenzgebieten gegangen. Ich weiß nicht, wie er zu dieser Zahl gekommen ist, beziffern doch sogar sudetendeutsche Statistiken den sogenannten Abwanderungsverlust in den dem Reich angeschlossenen Gebieten auf 308 255 Personen laut Volkszählung von 1939 gegenüber dem Stand der Volkszählung von 1930; und selbst diese Zahl ist unvollständig, da der Zuwachs des tschechischen Bevölkerungsanteils von 1930–1938 in diesen Gebieten nicht einbegriffen ist. (Alfred Bohmann, Das Sudetendeutschtum in Zahlen, München 1959, S. 138).

Danubius bagatellisiert die Folgen der deutschen Okkupation des Grenzgebietes und danach die Folgen für das Restterritorium, des sog. Protektorats, was in mannigfacher Beziehung seinen Niederschlag findet. Er stellt nicht einmal die Frage,

was mit den tschechischen Bewohnern geschah, die nach der Konfiskation in den besetzten Gebieten geblieben waren. Laut sudetendeutscher Statistik waren nach dem Münchener Diktat 319 000 Tschechen an Ort und Stelle geblieben, wovon 193 000 die reichsdeutsche Staatsangehörigkeit unter Beibehaltung der tschechischen Nationalität angenommen und 115 000 diese Staatsangehörigkeit auch unter Androhung der Aussiedlung nicht angenommen haben. Mit keiner Silbe erwähnt Danubius die Schikanen, denen diese Tschechen ausgesetzt wurden. Bei den Behörden, am Arbeitsplatz und in den Schulen durften sie nur deutsch sprechen, und das auch in den Gebieten, wo sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten. Im gesamten abgetrennten Bereich gab es keine einzige tschechische Schule mehr. Alle Kinder waren gezwungen, deutsche Schulen zu besuchen.

Gleichzeitig verfügten die 261 524 Deutschen im sogenannten Protektorat über vier Hochschulen, einige Dutzend Gymnasien, 36 Real- und 130 Grundschulen. Alle tschechischen Hochschulen wurden geschlossen, zunächst für drei Jahre, danach bis Kriegsende. Im Jahr 1942 wurde die Anzahl der Schüler tschechischer Gymnasien im Protektorat auf Erlaß der Okkupationsbehörden um die Hälfte reduziert; nach und nach wurde Deutsch zur alleinigen Unterrichtssprache, so daß schließlich nur noch das Fach Tschechisch in tschechischer Sprache unterrichtet werden sollte. Danubius hat unrecht, wenn er sagt, der Okkupant habe die Germanisierung höchstens beabsichtigt oder geplant; vielmehr ist es notwendig, von einer zielbewußten Durchführung derselben im Laufe der gesamten Okkupationszeit zu sprechen, wie die Aussiedlung der tschechischen Bevölkerung aus den Gebieten von Sedlčany und Vyškov einerseits und die Ansiedlung von deutschen Siedlern auf dem Territorium des Protektorats belegen. Der eigenen, sudetendeutschen Statistik zufolge ließen sich während des Krieges auf dem Gebiet des Protektorats an die 400 000 Deutsche aus dem »Altreich« nieder (A. Bohmann, a.a.O., S. 194). Für die neu hinzugezogenen Reichsdeutschen wurden Wohnungen beschlagnahmt, die man Bürgern jüdischer Herkunft oder Familien von Inhaftierten weggenommen hatte; diese neu hinzugekommenen Deutschen besetzten Schlüsselpositionen im staatlichen und wirtschaftlichen Apparat. Hinzu kommt, daß diese Statistik keinerlei Zahlenanga-

ben über Polizei- und Militäreinheiten des Okkupanten enthält. Danubius umgeht diese Tatsachen ganz ungeniert, indem er von Tarnphrasen spricht, obwohl genug Beweise dafür vorliegen, daß die allmähliche Germanisierung der tschechischen Bevölkerung in den sogenannten Sudeten wie im Protektorat ein klares Ziel verfolgte, nämlich die völlige Germanisierung des gesamten Gebiets nach dem Endsieg. Die Tschechen waren im Unterschied zu anderen slawischen Völkern aufgrund ihres Zivilisationsniveaus und ihrer Qualifikation zu zwei Dritteln als eindeutschungsfähig klassifiziert worden und hätten nur die Wahl zwischen Assimilation und Aussiedlung gehabt.

Danubius hat offensichtlich das Okkupationsregime in den tschechischen Ländern nicht am eigenen Leib verspürt, wenn ihm unbekannt ist, daß für die Tschechen ab 1. September 1939 eine »geplante und koordinierte Nahrungsmittelbeschränkung« galt, als anläßlich des Kriegsausbruchs ein Rationierungssystem eingeführt wurde. Auf Haushaltstammlättern wurden abgestufte Rationen zugeteilt: Höchststration für D wie Deutscher, reduzierte Ration für T wie Tscheche, niedrigstration für J wie Jude. Die Tschechen erhielten während des gesamten Krieges niedrigere Zuteilungen als die Deutschen, obwohl die Besatzervorschriften den tschechischen Landwirten entschieden höhere Abgaben auferlegten als den deutschen Bauern. Es lag also nichts Ungerechtes darin, daß unmittelbar nach dem Krieg die Zuteilungen für die Tschechen erhöht und die Rationierungen für die Juden aufgehoben wurden und die Deutschen bei der herrschenden Lebensmittelknappheit zwei Jahre lang niedrigere Zuteilungen als die Tschechen erhielten, zumal die Alliierten den Deutschen die UNNRA-Zuteilungen nicht zugestanden. Manuell tätige Deutsche, hauptsächlich Arbeiter, erhielten hierbei die gleichen Mehrzuteilungen für Schwer- und Schwerstarbeitende wie die Tschechen. Danubius weiß offenbar wenig über die Folgen des Okkupationsregimes im Bereich der Kultur. Während des ganzen Krieges war es verboten, englische, polnische und jüdische Literatur zu verlegen, zu verkaufen oder zu verleihen. Einige Jahre ebenso amerikanische, französische, jugoslawische und russische Werke. Diese Verbote galten für eine ganze Reihe weiterer Kunststrichtungen, besonders für Musik und Film. Dagegen setzten die Okkupationsbehörden eine Prioritätspflicht für die Her-

ausgabe deutscher Literatur durch, die auch für das Aufführen deutscher Filme und Schauspiele und das Spielen deutscher Musik in Rundfunk, Theatern und bei Konzerten galt. Die Nazi-Propaganda sprach während der gesamten Zeit von der europäischen und globalen Mission der deutschen Kunst und Kultur. All das sollte die Begründung dafür liefern, daß das große deutsche Volk sich über die Existenz anderer, wehrloser Völker hinwegsetzen dürfe. Alles, Wehrmachtberichte und Nazi-Paraden nicht ausgenommen, wurde von Beethoven- oder Wagnerklängen untermalt. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Tschechen nach dem Ende der Okkupation etwas anderes hören und sehen wollten als das, was sie sechs Jahre lang über sich ergehen lassen mußten. Im übrigen dauerte diese Abstinenz nicht lange, sie war viel kürzer als die vorausgegangene Überfütterung.

Glosse zu »Obzory«

Danubius exkulpiert buchstäblich einzig und allein aus dem gesamten tschechischen Volk den Redaktionskreis um »Obzory« und seine Mitarbeiter, welche angeblich als einzige eine deutliche Stellungnahme gegen den Transfer in seinen praktischen Folgen bezogen hätten. Welchen Standpunkt soll man hierzu einnehmen? »Viele Menschen, viele Meinungen, diese Regel gilt besonders für uns Tschechen. Aber in einem Punkt sind wir uns sicher alle einig: von den Deutschen haben wir bis zum Ende aller Tage genug. Das bedeutet, wir wollen uns ihrer definitiv und um jeden Preis entledigen . . . Wir haben berechtigte Gründe, die Deutschen nicht für Menschen zu halten . . . Wir werden sie auch in Zukunft mit gleicher Intensität als ein gefährliches, feindliches und moralisch verdorbenes Element ansehen. Wir wollen keine Deutschen in unserem Land und sehen rot, wenn wir die deutsche Sprache hören . . . Die Deutschen müssen raus, und zwar schleunigst . . . diesen Besitz können wir ohne die geringste Scheu konfiszieren . . . Auch nach dem internationalen Recht steht es uns zu, sie zu internieren. Es ärgert uns, wenn statt der sofortigen Aussiedlung der Deutschen ins Reich langatmige Debatten darüber geführt werden, wie und was man mit ihnen machen soll . . . Wir zerfleischen uns gegenseitig und verhätscheln jeden andern, selbst wenn er unser größter Feind ist.« (Dr. Helena Koželuhová, Die ersten Schritte, Prag

1945, S. 28–31). Diese von Dr. Helena Koželuhová in einer Broschüre von 1945 veröffentlichten Ansichten zeigen, wie ahistorisch die Ausführungen des Danubius sind, die gesamte Aussiedlung sei ein Werk von Benesch und Stalin gewesen und daß er die tatsächliche Einstellung von Leuten, die zum Kreis um »Obzory« gehören, verschweigt. Bei Benesch und Gottwald dürften wir kaum so chauvinistische und in pauschal antideutschem Geist verfaßte Ergüsse finden. Ein Historiker sollte sich an die Fakten halten und zu niemandes Hofgeschichtsschreiber werden, auch nicht von »Obzory«.

Glosse über den Transfer

Danubius erklärt komplizierte historische Erscheinungen mit dem Passepartout der Dämonisierung und Personifizierung, und diese Methodologie ist heute ebenso unwissenschaftlich wie in den fünfziger Jahren. Im übrigen hat der Leser eine gute Möglichkeit, zweierlei Methodologien zu vergleichen, wenn er die beigefügte wissenschaftliche Rezension liest, welche der tschechische Historiker Jan Křen zum gleichen Problem über J. W. Brügel's Buch »Tschechen und Deutsche« verfaßt hat. Wie nuanciert er die Fakten abwägt, die Komplexität der innenpolitischen und internationalen Situation berücksichtigt und die Gegensätzlichkeit der Phänomene von Kontinuität und Diskontinuität der deutsch-tschechischen Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart einbezieht. Ebenso positiv dürfte der Leser die minutiöse Genauigkeit der historischen Studie von Václav Kural bewerten, welche sich mit der Geschichte des zivilen Widerstandes im sogenannten Protektorat befaßt und u. a. den Transfer-Gedanken vom Zeitpunkt seiner Genese im Jahre 1939 bis zur Heydrich-Affäre verfolgt und dokumentiert, wie nachdrücklich letztgenannter Gedanke den Meinungsbildungsprozeß im Exilwiderstand beeinflusst hat. Ebenso könnte man auf die Seiten der deutschen antifaschistischen, in England herausgegebenen Zeitschrift verweisen; wie sich in dieser Umgebung die Meinungen in dieser Frage entwickelt haben, das ist für Danubius ohne Interesse. Die internationale Rechtsgrundlage für den Transfer war von der Potsdamer Konferenz der »Großen Vier« festgelegt worden, und zwar für die Polen-Deutschen, da als neue Grenze die Oder-Neiße-Linie festgelegt

wurde, ferner für die Deutschen aus der Tschechoslowakei und die Ungarn-Deutschen. Aus der Tschechoslowakei sollten 2,5 Millionen Deutsche ausgesiedelt werden, hiervon 1,75 Millionen in die amerikanische Besatzungszone und 750 000 in die sowjetische Zone, während der Hauptstrom der Polen-Aussiedler in die englische, französische und sowjetische Zone geleitet werden sollte. Danubius verhält sich nicht wie ein Historiker, sondern wie ein ungarischer Kortege bei einer Wahlkampagne, wenn er einerseits die gesamte Aussiedlung Stalin und dessen Intentionen zuschreibt und andererseits behauptet, daß angeblich »die Russen am wenigsten gern die ausgesiedelten tschechoslowakischen Deutschen in ihrer Zone aufgenommen haben« (S. 111). Der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 zufolge gab es in der sowjetischen Zone bereits zu diesem Zeitpunkt 3 508 500 Aussiedler, hiervon 840 800 aus der Tschechoslowakei, also fast 100 000 mehr, als die in Potsdam festgelegte Quote betrug. (A. Bohmann, a. a. O., S. 203). Freilich, Einsprüche gegen »wilde Abschiebungen« erhoben die sowjetischen Organe ebenso wie die amerikanischen. Auf amerikanisches Ersuchen sollten alle Ausgesiedelten vor dem Transfer eine achttägige Quarantäne durchlaufen; zu diesem Zweck wurden sie in Sammellagern aufgenommen; bei der Umsiedlung erhielt jede Person die Erlaubnis, 1 000 RM und bis zu 75 kg Gepäck mitzunehmen. Auf amerikanisches Ersuchen hin wurden 75 solcher Sammellager in Böhmen, 29 in Mähren und drei in der Slowakei eingerichtet. Antifaschisten mußten diese Sammellager nicht durchlaufen und hatten das Recht, ihre bewegliche Habe mit sich zu führen. Die Hauptaussiedlungswelle hatte bis Oktober 1946 ihren Abschluß gefunden. Danach waren in der Tschechoslowakei noch 23 000 aktive Antifaschisten, 22 000 Fachleute, 12 000 Bergleute und weitere 10 000 Personen, die zumeist aus gemischten Familien stammten, in denen ein Ehepartner Tscheche war, geblieben: solche Familien waren insgesamt selbstverständlich automatisch vom Aussiedlungszwang befreit, was 196 000 Personen betraf. (L. Hoffmann, Die Deutschen im Grenzland, Protokoll des ZK-Plenums der KPTsch vom 27.–28. 11. 1946). Gänzlich unsinnig ist die Behauptung, daß die Aussiedlung auch ursprünglich tschechische Bewohner betraf. Wer auf seiner polizeilichen Anmeldung die tschechische Nationalität einge-

tragen und auf seinem Stammbblatt ein T (Tscheche) vermerkt hatte, konnte gar nicht in das Aussiedlungsverfahren einbezogen werden. Sofern in den Grenzgebieten wohnhafte Tschechen nach München die Staatsbürgerschaft des Deutschen Reichs angenommen, ihre tschechische Nationalität jedoch behalten hatten, so wurde ihnen automatisch die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft erteilt. Falls ein Ehepartner in gemischten Familien sich – sei es nun als Bürger des Protektorats oder des Reichs – zur tschechischen Nationalität bekannt hatte, so wurde seine Familie automatisch von der Zwangsaussiedlung ausgenommen. Kinder aus gemischten, im Grenzland lebenden Familien mußten wie alle anderen deutsche Schulen besuchen, so daß Danubius' Behauptung, diese Kinder hätten nicht deutsch gekonnt, unsinnig ist. Im Gegensatz zu den Danubius-Behauptungen konnte es zur Einbeziehung einer gemischten Familie in das Aussiedlungsverfahren nur ausnahmsweise und auf eigens Ersuchen höchstens dann kommen, wenn in der betreffenden Familie die Inklination zum deutschen Verwandtschaftsteil vorherrschend war; somit ist auch hier die Behauptung, diese Kinder hätten kein Deutsch gesprochen, ohne jede Grundlage. Ich weiß nicht, weshalb der Autor solche Kalenderblattgeschichten herangezogen hat; das Thema an sich ist schon dramatisch genug, und das, was geschehen ist, hat wahrhaftig ernsthafte Überlegungen und Beurteilungen verdient – und kein dilettantisches Kulissenschieben.

Glosse zu den Schlußfolgerungen

Danubius geht von der Prämisse aus, daß dasjenige, was er heute als retardierende Entwicklung seit 1948 bezeichnet, seine Wurzeln in der Aussiedlung der Deutschen hat. Er kann seine Hypothese, daß die historische Entwicklung der Tschechoslowakei ohne diese Aussiedlung anders verlaufen wäre, mit nichts belegen. Die Entwicklung in der DDR mit ihren vier Millionen Umsiedlern ist in der gleichen Richtung verlaufen, weil sie von den gleichen Koordinaten diktiert worden ist. Möglicherweise hat sich Danubius bei seiner Darstellung dieser Frage indirekt bei dem Exilautoren Jan M. Kolar inspiriert (Fragen der tschechischen Tradition, Lund 1957). Überhaupt erinnert mich die Beschäftigung mit der Danubius-Interpreta-

tion an frühere Streitgespräche über die Vergangenheit. Im Januar 1953 fand eine solche Diskussion im Exil statt, wobei sich zwei Fronten herauskristallisierten: Die einen verurteilten die Aussiedlung (Lisický, Příbyl u.a.), die anderen verteidigten sie (Sychrava, Smutný u.a.). Stránský und Bernard verfochten einen Kompromiß, nämlich die Gültigkeit der Aussiedlung bei gleichzeitiger Möglichkeit zu individueller Rückkehr. Und um diese praktische Frage entbrannte das Hauptgefecht. Der anwesende sudetendeutsche Sozialdemokrat J. W. Brügel trat polemisch der These Lev Sychravs entgegen, die Deutschen sollten sich mit der Aussiedlung abfinden. »Warum sollten sie sich denn damit abfinden, wenn sie das – einige zu Recht und andere wiederum nicht – als schreckliches Unrecht empfinden und auch die Macht dazu besitzen, sich Wiedergutmachung zu verschaffen? . . . Freundschaft kann sich immer nur auf der Basis von Verständnis entwickeln, niemals aufgrund eines Diktats und schon gar nicht aufgrund eines Diktats von solchen, die niemandem diktieren können.« (Jaroslav Stránský, Die Aussiedlung der Deutschen aus nationaler und internationaler Sicht, I–II, London 1953, II, S. 37). Sicher hat auch J. W. Brügel in der Folgezeit erkannt, daß auch Westdeutschland nicht derjenige ist, welcher in dieser Sache den Tschechen oder der Tschechoslowakei irgend etwas diktieren könnte, und heute können wir uns bestimmt darauf einigen, daß sich Freundschaft nur aus einem Verständnis heraus entwickeln kann, das die Interessen beider Partner respektiert.

Befremdlich mutet an, wie Danubius nicht begreift, daß er mit seiner Art, das Problem anzugehen, die Forderung nach einer Revision der Aussiedlung bis hin zu einer Revision der Grenzen impliziert. Das Motiv seines Vorgehens teilt Danubius nicht mit, aber man kann es aus dem Brief an die Redaktion von Svědectví (Nr. 54) herauslesen, wo er in der Umwertung der Aussiedlungsproblematik einen Weg zu einer außenpolitischen Neuorientierung der Tschechoslowakei auf Westdeutschland erblickt. Seine Thesen entwickeln dieses Problem in der gleichen Richtung, aber vor dem Ende stoppt er gewissermaßen ab, um dem Ganzen, möglicherweise auf Eingriff der Redaktion hin, einen anderen Schluß aufzupropfen. »Zu beiden Nachbarn ein gutes Verhältnis zu haben, beide Alternativen zu einer Zusammenarbeit mit beiden

Größmächten in Bereitschaft haben und sich hier bei entsprechend ihrem Auf- oder Abstieg zu verhalten.« Die Behauptung des Danubius, die »deutsche Karte« sei historisch gesehen eine von zwei Alternativen der tschechischen oder tschechoslowakischen außenpolitischen Orientierung, findet in der neuzeitlichen Geschichte keinerlei Grundlage. Seit den Zeiten Palackýs war die tschechische Politik »austroslawisch« in ihrem Bestreben, sowohl dem Druck des kaiserlichen Deutschland als auch dem des zaristischen Rußland die Stirn zu bieten. Als sich um 1866 der exilmüde und enttäuschte Revolutionär J. V. Frič bemühte, mit Bismarck die deutsche Karte zu spielen, kam es zu einem peinlichen Debakel. Der Versuch von Hácha, Beran und anderen nach München mündete im 15. März 1939. Es ist also unhistorisch, in diesem Sinne von zwei Alternativen der tschechischen oder tschechoslowakischen Außenpolitik zu sprechen. Hinzu kommt, daß dieser Gedankengang keineswegs dem realistischen Denken der westdeutschen Sozialdemokraten und Liberalen entspricht, die solche Erwägungen als irrealer Illusionen ablehnen. »Es existiert keine Möglichkeit zu einer Wiedervereinigung. Es wird auch keine existieren, solange das sowjetische Imperium besteht – und es ist sehr fraglich, wieviel von den beiden

deutschen Staaten zum Wiedervereinigen übrig bliebe, falls es durch eine gewaltsame Explosion zerfiel. Angesichts dieser Tatsachen führt weder kurz oder lang ein Weg zur deutschen Einheit. Alles andere ist nicht Vision, sondern Illusion.« (Theo Sommer, Die nationale Einheit: Visionen und Illusionen einer unerwarteten Debatte, Die Zeit, 8. 12. 1978). Danubius bietet also dem tschechischen Volk eine Orientierung an, welche die Sozialdemokraten, Liberalen und Demokraten in Westdeutschland selbst für reine Illusion halten. Das bedarf eigentlich keines Kommentars mehr. Vielleicht nur noch der Anmerkung, daß alle Polen im In- und Ausland auf der Oder-Neiße-Linie und der Respektierung des nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Status quo ihres Territoriums bestehen, welches 3,5 Millionen Deutsche verließen und von dem weitere 3,5 Millionen vertrieben wurden – und dabei ganz einfach von einer Realität ausgehen, die in der Helsinki-Schlußakte bestätigt wurde. Selbstverständlich stimme ich meinem Kollegen Jan Křen zu, wenn er in seiner Rezension zum Buch Brügels von einem weitreichenden fachlichen, nationalen und ethischen Aufruf spricht, auch wenn ich weder den Ansatz noch die Schlußfolgerungen des Danubius in dieser Frage billigen kann.

Manfred
Steinkühler

Analyse und
Dokumentation

395 Seiten
Paperback, 42,- DM

Verlag Wissenschaft
und Politik

Euro- kommunismus im Widerspruch